

Nr. 23 – 2022/1

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

In dieser Ausgabe

Russland, Ukraine und Europa

Fünffältiger Dienst politisch

Landtagswahlen NRW und
Schleswig-Holstein

Wehrpflicht



Eine neue Friedensordnung

bündnis

Christen für Deutschland



www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 23 – 2022/1

Inhalt

Editorial 4

Russland, Ukraine und Europa 6

Gebetsaufruf 13

Spendenaufruf 13

Der fünffältige Dienst – Eine Vision für unsere innere und äußere Wirksamkeit 14

Unser neuer Mitarbeiter 16

Rücktritt und Ausblick 17

Aus den Landesverbänden 18

Die neue Bundesregierung – ohne Gottes Hilfe? 26

Corona – Was lernen wir aus zwei Jahren Pandemie? 27

Offener Brief an Bundeskanzler Scholz und die zuständigen Minister
zum Stopp der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude (BEG) 28

Zivildienst und Wehrpflicht reformieren 29

Kein neues Atomabkommen mit dem Iran! 31

Keren Hayesod – Der Gründungsfond des Staates Israel 32

Werbung 34

Formular zum Anfordern von Infomaterial 35

Datenschutz-Informationen für Mitglieder, Interessenten und Unterstützer von Bündnis C . 36

Schlusswort 38

ImpressumRücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Frank Brandenburg,
Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Hermann Bohnenkamp
und Andrea Rehwald



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

Corona scheint seinem Ende nah und eine neue Krise in Osteuropa steht an der Tür. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine erschüttert Europa, unsere Sicherheit, unser Denken und Verstehen. Wir haben seit 77 Jahren Frieden und konnten uns keinen Krieg mehr vorstellen. Seither werden die Tage dieses Krieges gezählt. Aber unter immer neue Bomben, Tod und Zerstörung zerfällt die Hoffnung, dass er schnell wieder aufhört.

Diplomatie, Verhandlungen, Drohungen und Appelle haben den Krieg nicht verhindert und verhalten. Sanktionen werden von Putin als Preis für den Krieg hingenommen. Die Nachkriegs-Friedensordnung, in der miteinander geredet statt geschossen werden soll, ist über Nacht zerbrochen. Und internationale Verträge, die der Westen reklamiert, sind nur noch ihr Papier wert. **Zurecht ist von einer Zeitenwende die Rede.**

Der Krieg ist eine Demütigung für den Westen, der die Weltordnung mit seinen Vereinbarungen seit dem Ende des Kalten Krieges bestimmt. Russland sah sich darin nicht als gleichwertiger Partner und seinerseits gedemütigt. Das alte russische Großmachtstreben wurde genährt und schlägt sich brutal Bahn.

Wir leiden mit der ukrainischen Bevölkerung, rufen zu Hilfe und Gebet für die Menschen im Land und die vielen Flüchtlinge auf, die zu uns kommen. Wir wollen aber auch die Beziehung zu unseren russischen Freunden erhalten und nicht die alte Feindschaft zwischen Ost und West wieder auferstehen lassen. Wir beten für die Ukraine und für Russland um Schutz vor Zerstörung und Zerrüttung durch diesen Krieg. Beide Länder haben ihre unverwechselbare Identität, Geschichte und Bedeutung für Europa. Frieden in Europa wird es auch in Zukunft nur mit ihnen geben.

Und wir rufen zur Buße auf über unser westliches Denken und Handeln, das sich Russland und dem Osten Europas noch immer überlegen fühlt. Wo politische Diplomatie, wirtschaftliche Sanktionen und das Militärbündnis der NATO diesen Krieg nicht beenden können, werden Europa seine Stärken offensichtlich aus der Hand genommen. Wir sehen den Krieg als einen Ruf Gottes an uns zur Umkehr, wo Europa auf sich selbst und seine vermeintliche Stärke gebaut und das Fundament seiner Stärke in Christus verlassen hat. **„Im Westen hat man Christus verloren, und deshalb kommt der Westen zu Fall, einzig und allein**

deshalb.“, so ein Zitat Fjodor Dostojewskis. Ohne das Eingreifen Gottes ist Europa in akuter Gefahr, alles zu verlieren, was es erfolgreich und frei gemacht hat.

Obwohl wir einen wirklichen Krieg haben, debattieren Bundestag und Bundesrat weiter über Corona-Maßnahmen und Impfpflicht. **Mit Bündnis C wenden wir uns wie bisher gegen verpflichtende Impfungen und weitere Zugangs- und Kontaktbeschränkungen.** Die Impfungen beenden offensichtlich nicht die Pandemie. Die Infektionszahlen steigen trotz der aktuellen Maßnahmen, aber ohne, dass Krankenhäuser überlastet sind. Pflichtimpfungen sind angesichts der Entwicklung der Pandemie weder evidenzbasiert noch geeignet, erforderlich oder angemessen. Die verfügbaren Impfstoffe erzeugen keine ausreichende Immunität und verhindern nicht die Weitergabe des Virus. Hingegen haben sie ein breites Spektrum an Nebenwirkungen, deren Gefährdungspotential zunehmend zutage tritt. Mit der Omikron-Variante haben schwere Corona-Erkrankungen das Niveau einer saisonalen Grippe erreicht. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht für medizinisches Personal verschärft die angespannte Personalsituation in der Pflege. Sie muss deshalb ausgesetzt und das Gesetz zurückgezogen werden, um die Gesundheitsversorgung nicht weitergehend zu gefährden.

Vor allem muss das Leiden von Kindern und Jugendlichen unter den Maßnahmen und allen Angstszenarien beendet werden. Kinder und Jugendliche haben die tiefgreifendsten Schäden durch die Vorschriften und Beschränkungen erlitten. Sie brauchen Erwachsene, die ihnen Vertrauen zurückgeben, statt sie weiter unter Angst und Druck gefangen zu halten. Die deutsche Politik ist gefordert, Angst aufzulösen und der Heilung unserer Gesellschaft Raum zu geben. Nicht wir als Menschen und auch nicht unsere Regierenden sind Herr über Leben und Tod und können die Pandemie beenden. Unser Leben ist in Gottes Hand. Beim Landesparteitag in Baden-Württemberg hat sich eine Arbeitsgruppe darüber Gedanken gemacht, **was wir aus der Pandemie für zukünftige Krisen lernen können.**

Den politischen Herausforderungen stellen sich aktuell unsere Verbände in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen an vorderster Linie. Wir freuen uns, dass Hans Martin Konzelmann und Hans-Christoph Hushahn in Schleswig-Holstein sowie Marcel Stubbe und

Dietrich Janzen in Nordrhein-Westfalen für Bündnis C zu den **Landtagswahlen am 8. bzw. 15. Mai 2022** antreten. Die Kandidaten stellen sich in diesem Heft vor. Wir wünschen ihnen tatkräftige Unterstützung durch ihre Verbände und ein gutes Wahlergebnis! Und wir begrüßen den Landesverband Saarland neu in unserer Mitte, der Anfang Januar gegründet wurde. Wir wünschen dem Vorstand eine fruchtbare Zusammenarbeit und Bündnis C breite Resonanz im Saarland.

Anfang Februar traf sich der neue Bundesvorstand zu seiner konstituierenden Sitzung im Allianzhaus in Bad Blankenburg, um Ziele und Projekte für dieses Jahr abzustecken. Wir wollen die inneren Strukturen stärken mit den Landesverbänden als Säulen der Partei. Unsere Öffentlichkeitsarbeit muss professioneller aufgestellt werden mit Mitarbeitern und technischem Equipment. In der Programmarbeit stehen die Verteidigungspolitik, Wirtschaft und Soziales auf der Agenda. Und wir wollen Beziehungen zu Schlüsselpersonen aufbauen als Zugang zu Partnerorganisationen sowie zu Christen in anderen Parteien. Um das Netzwerk von Bündnis C zu erweitern, beschloss der Bundesvorstand die **Einsetzung eines Beirates**. Dafür sollen nach Satzung Personen berufen werden mit besonderer Fach- oder Führungskompetenz, die der Partei beratend zur Seite stehen.

Ein Impuls von Harald Eckert (Christen an der Seite Israels) erschloss uns außerdem die **Relevanz des fünfältigen Dienstes** auch für uns als Partei, den wir in den Vorständen für unsere Zusammenarbeit und für unser Mandat in Politik und Gesellschaft fruchtbar machen wollen. Frank Brandenburg stellt unsere Vision dazu vor.

Seit Anfang des Jahres verstärkt Stefan Melchior das Team in unserer Bundesgeschäftsstelle. Wir begrüßen ihn herzlich in Bündnis C und freuen uns über die Zusammenarbeit. Gleichzeitig müssen wir den Rücktritt von Micha Schlittenhart von seiner Funktion als Beisitzer im Bundesvorstand bekanntgeben. Er hat ein Promotionsstudium begonnen, das ihn neben Arbeit und Familie vollumfänglich fordern wird. Wir danken Micha für seine wertvolle Arbeit für Bündnis C in den letzten Jahren und wünschen ihm für alles, was jetzt zu bewältigen ist, viel Kraft und den Segen Gottes!

Die neue Bundesregierung ist 100 Tage nach ihrem Amtsantritt auf einem harten Boden der Realität angekommen. Pazifismus, Klimarettung und eine wertebasierte Außenpolitik werden erschüttert. Im hinteren Teil des Heftes finden Sie unsere Positionierung zu weiteren Themen, u. a. zur Modernisierung der Bundeswehr

mit einer reformierten Wehrpflicht. In alldem wissen wir, dass unsere Antworten in der gegenwärtigen Lage nur vorläufig sind. Wir sind auch als Partei gefordert, Prioritäten zu prüfen und unseren Auftrag in den Umbrüchen unserer Zeit. Dafür finden Sie auch in diesem Heft einen **Gebetsaufruf für Bündnis C** und zur Unterstützung unserer Vorstände.

Die Corona-Krise war die erste von globalen Erschütterungen, die zunehmen. Wir wissen nicht, wie sehr uns der Krieg treffen wird. Aber wir wissen, dass Gott der Herr über alle Mächte und Gewalten des Bösen ist. Wir kämpfen nicht gegen Fleisch und Blut, sondern gegen die Mächte und Weltbeherrscher dieser Finsternis (Eph 6,12).

Wo die Corona-Krise uns die äußere Freiheit und der Krieg jetzt den äußeren Frieden genommen hat, ruft uns Jesus Christus in Seine Freiheit und Seinen Frieden. Wo das Menschen- und Weltbild des Humanismus, der Selbstoptimierung des Menschen und der Welt zerbrochen wird, steht Christus bereit, dessen Leib für uns und diese Welt am Kreuz gebrochen wurde. Die Passionszeit gibt uns Raum zur Buße über unseren blinden Glauben an irdische Sicherheit, auch zur Trauer über verlorene Freiheit. **„Wenn euch der Sohn Gottes frei macht, dann seid ihr wirklich frei.“** (Joh 8,36) – frei von Schuld, unter der diese Welt ächzt und auf das Offenbarwerden der Kinder Gottes wartet (Rö 8,19). Nach seiner Auferstehung am Ostermorgen trat Jesus unter seine Jünger mit seinem Friedensgruß.

Der Friede Gottes, der höher ist als alle unsere Vernunft, sei mit Ihnen in dieser Zeit, mit Ihren Familien und in allem, was Sie tun. Wir wünschen Ihnen eine gesegnete Osterzeit, in der die Auferstehungskraft Jesu den Tod in uns und in unserer Welt überwindet.

Im Namen des Bundesvorstandes



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Im hinteren Teil des Heftes finden Sie die Datenschutz-Informationen für Mitglieder, Interessenten und Unterstützer von Bündnis C in einer aktualisierten Fassung.

Russland, Ukraine und Europa

Gescheiterte Friedensordnung

Am 25. September 2001 spricht der russische Staatspräsident Wladimir Putin zum deutschen Bundestag. In fließendem Deutsch verbindet er die europäische, deutsche und russische Geschichte und Kultur. Der Abriss der Berliner Mauer habe den Geist des europäischen Humanismus auf Russland ausgeweitet und niemand könne Russland wieder in die totalitäre stalinistische Ideologie zurückführen. Er betont, dass „Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird“.¹ Putin mahnt eine echte Partnerschaft an zum Aufbau des europäischen Hauses. Das feindliche Lagerdenken des Kalten Krieges müsse überwunden und eine dauerhafte internationale Sicherheitsarchitektur geschaffen werden. Russland sei ein freundlich gesinntes europäisches Land und der stabile Frieden auf dem Kontinent das Hauptziel.

Nach dem Ende des Kalten Krieges sollte eine neue europäische Sicherheitsstruktur mit Russland zusammen errichtet und beide Militärbündnisse – NATO und Warschauer Vertrag – von einer europäischen Friedensordnung abgelöst werden. Es gab Zusagen u. a. von Außenminister Genscher an Gorbatschow, dass bei Rückzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa die NATO sich nicht in Richtung Osten ausbreiten wird.² Die Zusagen hatten keinen vertraglichen Charakter, nährten aber Vertrauen in der Wendezeit. Die NATO-Russland-Grundakte von 1997 räumte Russland eine privilegierte Partnerschaft mit der NATO ein, wurde jedoch von Russland anders interpretiert. 1999 nahm die NATO als erste Länder Polen, Ungarn und Tschechien auf. Die USA verhinderten den NATO-Beitritt Russlands, und die NATO-Osterweiterung wurde gegen Interventionen Russlands weiterbetrieben.

Putins Hoffnungen auf eine Hinwendung Europas von den USA zu Russland erfüllten sich nicht. 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz änderte sich sein Ton

deutlich. Die NATO-Osterweiterung würde Russland zum Aufrüsten zwingen, um sich gegen die Provokationen des Westens zu verteidigen. Gegen die Aufnahme der Ukraine und Georgiens legten Deutschland und Frankreich 2008 Veto ein, um Russland nicht weiter zu provozieren.

Bis dahin führt Putin seit seinem Machtantritt im Jahr 2000 bereits Krieg gegen Tschetschenien nach dessen Angriff auf die russische Republik Dagestan und Anschlägen in Russland. Er unterstützt die Separatisten in den georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien und bringt sie 2008 nach einer militärischen Intervention Georgiens dagegen unter seine Kontrolle. Nach den Maidan-Protessen gegen die pro-russische Regierung der Ukraine im Jahr 2014 und wenig später den Unruhen zwischen ukrainischen und pro-russischen Kräften auf der Krim-Halbinsel besetzt Putin mit seinen Truppen die Krim und befeuert ein Referendum zu ihrem Anschluss an Russland. Es folgt die Unterstützung pro-russischer Separatisten in den ostukrainischen Gebieten von Donezk und Luhansk, die seit 2014 gegen die ukrainischen Streitkräfte kämpfen. Das Minsker Abkommen von September 2014 und Februar 2015 sollte mit internationaler Hilfe einen Waffenstillstand vermitteln. Der Konflikt wird jedoch nicht befriedet und brodelt stetig weiter mit über 10 000 Toten und 2 Millionen Flüchtlingen. Ab dem Herbst 2021 zieht Putin etwa 140 000 Soldaten an den Grenzen zur Ukraine zusammen. Am 21. Februar 2022 erklärt er die Anerkennung der Volksrepubliken Luhansk und Donezk als eigenständige Staaten, und das russische Militär marschiert in deren Gebiete ein. Es folgt am 24. Februar die offene Invasion der Ukraine.

Wo hat der Westen versagt?

Putins wirtschaftliche Reformen lockten seit Anfang der 2000er Jahre ausländische Investoren ins Land. Der Westen verstand diese wirtschaftliche Öffnung Russlands als Annäherung auch an demokratisches Denken. Es wurden großzügige Handelsverträge abgeschlossen vor allem im Energiesektor und sich darin eingerichtet. Gleichzeitig übergang der Westen wiederkehrende Forderungen Russlands gegenüber der NATO. Während der Westen die freie Bündniswahl souveräner Staaten wie der Ukraine und der ehemaligen Ostblock-Staaten reklamierte, forderte Russland

1 https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966

2 <https://www.welt.de/politik/ausland/article236986765/Nato-Osterweiterung-Archivfund-bestaetigt-Sicht-der-Russen.html>



die Unteilbarkeit von Sicherheit und eine Versöhnung dieser beiden Grundsätze der Europäischen Sicherheitscharta. Mittlerweile stehen NATO-Basen 150 km vor Petersburg. Russland will, dass die amerikanischen Raketenbasen aus Osteuropa abgezogen werden, eine Absage der NATO an die Aufnahme der Ukraine und eine neue Sicherheitsordnung in Europa.

Parallel betrieb Putin den Umbau seines Staatsapparates in eine Autokratie und den Ausbau des Militärs. Während die europäischen NATO-Staaten sich in der Sicherheit ihrer Friedensordnung wagen und fast alle ihre Armeen vernachlässigten, modernisierte Putin die russische Armee zur zweitstärksten der Welt.

Russland versteht Stärke militärisch, der Westen wirtschaftlich und politisch, hat sich aber gerade wirtschaftlich mit den Energieverträgen in die Hände Russlands begeben. Mit dem Überfall auf die Ukraine wurden dem Westen alle politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel aus der Hand genommen. Das westliche Denken rechnet nicht mehr mit Autokraten, die die Regeln missachten, die liberale Demokratien sich selbst und der Welt mit internationalen Verträgen gegeben haben. Vereinbarungen von Verträgen haben nur im Vertrauen und der Achtung gegenseitiger Interessen Bestand. Niemand kann dazu gezwungen werden. Der Westen steht der Aggression Putins ohnmächtig gegenüber. Europa ist Russland militärisch unterlegen, politische Mittel versagen. Wirtschafts-

sanktionen sind zahnlose Tiger und der Westen bestraft sich damit selbst.

Kein militärischer Ausweg

Die Ukraine fordert mit Nachdruck Waffenlieferungen aus Deutschland und Europa zur Verteidigung gegen Russland. Deutschland hat nach anfänglicher Ablehnung begrenzte Zusagen gemacht, aber es soll kein NATO-Land in den Krieg eintreten. Gleichzeitig haben die USA 7000 Soldaten zusätzlich nach Deutschland verlegt und die NATO verstärkt ihre Truppen in Osteuropa. Die deutsche Bundesregierung will mit einem Sondervermögen von 100 Mrd. Euro die Bundeswehr modernisieren.

Deutschland muss verteidigungsfähig sein und kann sich nicht weiter auf unverbrüchlichen Frieden oder die USA verlassen wie bisher. Der grün-linke Pazifismus, der zur Abwertung der Bundeswehr geführt hat, ist in einer gefallenen Welt Illusion und hat Russland Freiraum gegeben für seinen Angriffskrieg. Die hypothetischen Milliarden für die Bundeswehr haben jedoch keine Sofortwirkung. Abgesehen davon, dass es sich bei dieser Summe nicht um ein Vermögen, sondern um neue Schulden handelt, wird Putin nicht darauf warten, bis in einigen Jahren die Bundeswehr ihm Paroli bieten kann, wenn er den Krieg gegen Europa ausweiten will. Akut muss dafür gesorgt werden, dass die vorhandene Ausrüstung der Bundeswehr wenigstens einsatzfähig ist.

Auch wenn die NATO den Kriegseintritt unter allen Umständen vermeiden will, sieht Putin sich als Kontrahent der NATO. Waffenlieferungen an die Ukraine befeuern die Eskalation und die weitere Zerstörung der Ukraine.

Wer bittet um Frieden, wenn er weiß, dass er unterlegen ist, wie der König in Lukas 14,31f? Auch wenn dieser Angriffskrieg mit nichts zu rechtfertigen ist, braucht es statt hilfloser Drohungen Kompromisse, um das Leben der Ukraine und der Menschen zu retten. Der Verzicht auf einen NATO-Beitritt der Ukraine und Vereinbarungen wie mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag für das Gebiet der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung Deutschlands könnten ein Angebot sein, ebenso die ohnehin schon vollzogene Abtretung der Krim und der Volksrepubliken Luhansk und Donezk an Russland. Im Gegenzug kann die Aufnahme der Ukraine in die EU ihr den Rücken stärken und einen Schutzraum bieten.

Gas aus Russland stoppen?

Seit Anbruch des Krieges steht Deutschland unter Druck, die Gasimporte aus Russland einzustellen, um damit nicht Putins Krieg zu finanzieren. Deutschland bezieht etwa 55% seines Gases, 50% der Kohle und 35% seiner Ölimporte aus Russland. Die einseitige Abhängigkeit von russischem Gas wurde nicht erst seit dem Krieg gegen die Ukraine als riskant gesehen und Diversifizierung angemahnt. Gegen Nord Stream 2 intervenierten vor allem Polen und die Ukraine. Seit der Eskalation des Krieges arbeitet Bundeswirtschaftsminister Habeck daran, Lieferanten für Flüssiggas und Wasserstoff zu finden. Damit soll Deutschland bis zum nächsten Winter unabhängig von russischer Kohle und Öl werden. Gas aus Russland ist bis dahin mangels Flüssiggas-Terminals nicht zu ersetzen und auch mittelfristig höchstens teilweise. Eine am 20. März mit Katar vereinbarte Energiepartnerschaft für Flüssiggas soll ab 2025 greifen.

Deutschlands Energiewende funktioniert nur mit Gaskraftwerken als Überbrückung. Dafür braucht es mehr Gas als die meisten anderen europäischen Länder. Russland ist der weltweit größte Exporteur von Erdgas und Erdöl mit etwa einem Fünftel der weltweiten Erdgasförderung und einem Zehntel der weltweiten Ölförderung. Es geht bei einem Ende von Gaslieferungen aus Russland nicht nur um höhere Energiepreise oder Komfortverzicht, sondern spätestens im nächsten Winter um die Grundversorgung: Heizung für Haushalte, Firmen und öffentliche Gebäude, Infrastruktur und Verkehr, nachrangig um die Industrie. Ohne den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine damit auf eine Stufe zu stellen, wären die Auswirkungen in Deutschland kriegsähnlich, auch für Flüchtlinge aus der Ukraine, Alte, Kranke, Kinder, Familien.

Habeck sieht als Konsequenz eine doppelte Notwendigkeit, die Versorgung auf erneuerbare Energien umzustellen: für den Klimaschutz und um von russischen Energieimporten wegzukommen. Die deutsche Politik hat das Land jedoch nicht nur mit der Abhängigkeit von russischem Gas, sondern mit der überstürzten Energiewende in die aktuelle Sackgasse manövriert. Die einheimische Energieversorgung darf sich nicht weiter nur auf unzuverlässige Solar- und Windenergie stützen, sondern muss den Kohleausstieg und die Abschaltung der Kernkraftwerke auf den Prüfstand stellen. Beides lehnt Habeck bisher ab. Angesichts der realen Kriegsgefahr für Europa wird die Abkehr von fossilen Brennstoffen jedoch zweitrangig. Und es ist ehrlicher, billiger und sicherer, Atomstrom selbst zu



produzieren, als ihn von Nachbarländern zu kaufen, die selbst Importe aus Russland kompensieren wollen.

Eine entscheidende Frage für den Boykott der Importe ist, ob Putin deshalb den Krieg in der Ukraine beenden würde. Autokraten interessieren sich wenig für das Leiden der eigenen Bevölkerung. Putin zeigt sich bisher von keinerlei politischer oder wirtschaftlicher Gegenwehr beeindruckt und wird wahrscheinlich Möglichkeiten finden, seinen Krieg weiter zu finanzieren - so wie auch die EU ständig neues Geld schöpft.

Russland hat sich bisher an alle Energieverträge gehalten und liefert weiter nach Deutschland und Europa. Auch durch die Transgas-Pipeline durch die Ukraine kommt weiter russisches Gas. Moskau hat als Reaktion auf die Sanktionen mit einem Embargo von Nord Stream 1 gedroht, aber die Abhängigkeit ist beidseitig. Russland generiert mit dem Gasexport über 300 Mrd. € jährlich. Dennoch weiß niemand, wie die kriegerischen Auseinandersetzungen eskalieren, und niemand kann sich weiter auf Gas und andere Rohstoffe aus Russland verlassen.

Mittelfristig geht kein Weg an der Diversifizierung der Energieversorgung vorbei, um Deutschlands Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten zu reduzieren. Bereits die Corona-Krise hat die Anfälligkeit globaler Lieferketten und Abhängigkeiten gezeigt. Bündnis C plädiert für die Konsolidierung der einheimischen Energieversorgung mittels moderner Atomkraft und Kohle, europäischem Gas, Wasserstoff und Brennstoffzellen und erneuerbaren Energien, und angesichts der global zunehmenden internationalen Spannungen für die Diversifizierung der Importe von Gas und Öl.

Wer russisches Gas sofort und komplett abschalten will, kann das nicht im Vertrauen auf kurzfristig verfügbare Alternativen. Als Christen vertrauen wir auf die Versorgung Gottes auch für unser Land, wenn die bisherigen Quellen versiegen. Das gilt, wenn Russland das Gas abdrehen sollte, genauso wie für Getreide, Futtermittel und Schlachtvieh, die bereits jetzt nicht mehr aus Russland und der Ukraine kommen.

Wirtschaftsbeziehungen nicht komplett kappen

Der Krieg und die damit ausgelöste Energie- und Wirtschaftskrise sind Herausforderung, Wirtschaft, Handel und Versorgung neu zu denken. In Bündnis C haben wir mit unseren europäischen Partnern beziehungsorientierte Modelle für Wirtschaft und Finanzsysteme erarbeitet, die nicht auf Wachstum um jeden Preis, sondern Fairness und Gegenseitigkeit für alle Beteiligten setzt. Eine Wirtschaft, die nicht finanzzentriert ist, sondern wo der Mensch und tragfähige Beziehungen im Mittelpunkt stehen, setzt an regionaler Versorgungssicherheit an und der Rückverlagerung systemrelevanter Produktion ins Inland bzw. den europäischen Binnenmarkt. Das gilt vor allem für die Nahrungsmittelversorgung und verlässliche innovative Energiequellen. Wir brauchen die einheimischen Ackerflächen für Getreide statt für Biomasse und Solarpaneele. Und das gilt auch für unsere Beziehungen zu anderen Ländern, Unternehmen und Partnern. Unsere Wirtschaft darf nicht weiter auf Kosten ärmerer Länder arbeiten oder sich Unrechtsregimen andienen zum eigenen Vorteil.

In unserem Beziehungsdenken sind Russland und die Ukraine eingeschlossen. Gerade weil die Ukraine entsetzliche Zerstörung erleidet, darf keine Möglichkeit ausgelassen werden, Russland für Frieden zurückzugewinnen. Wo die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas kurzfristig als Verhängnis erscheint, ist sie auch Grund, die Beziehung nicht abubrechen. Die Europäische Gemeinschaft begann mit der Montanunion als Wirtschaftsgemeinschaft, um Krieg unmöglich zu machen. Handelsbeziehungen können auch Brücken der Verständigung sein. Hingegen würde der einseitige Boykott von Energie und Rohstoffen aus Russland den totalen Bruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Europa bedeuten und die Hemmschwelle, den Krieg auf Europa auszuweiten, erheblich senken.

Im Nahen Osten zählt die Sicherheit Israels

Es wird reklamiert, dass die Ukraine nicht nur ihr Land, sondern europäische Werte verteidigt. 100 Tage nach Antritt der neuen Bundesregierung steht die von Bundesaußenministerin Baerbock angestrebte wertebasierte Außenpolitik der Ampelregierung auf dem Prüfstand der Realität. Deutschland unterhält außer mit Russland Wirtschaftsbeziehungen mit zahlreichen anderen Ländern, die eine aggressive Politik im In- oder Ausland betreiben. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner des Iran in der EU und verhandelt zurzeit eine Neuauflage des Atomabkommens mit, das mit Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran die Sicherheit Israels massiv gefährdet. Bezeichnenderweise hat Russland den Abschluss Mitte März mit neuen Forderungen boykottiert, möglicherweise um den Iran als Alternative für russische Öl- und Gaslieferungen nach Europa zu verhindern. Sind Handelsbeziehungen mit dem Iran wertebasiert oder moralischer als mit Russland, weil der Aggressor nicht in Europa agiert? Haben die USA 2003 einen gerechten Krieg im Irak geführt oder Deutschland mit dem NATO-Einsatz 2011 in Libyen? Katar unterhält strategische Beziehungen zum Iran und der Türkei und kümmert sich um Menschenrechte noch weniger als Putin. Wie zuverlässig ist diese islamistische Autokratie, wenn wir auf ihr Flüssiggas bauen, zumal Russland immer mehr Einfluss im Nahen Osten gewinnt?

Putin hat mit bereits 30 afrikanischen Staaten Abkommen über militärische Zusammenarbeit abgeschlossen. Die Geschichte läuft auf den Nahen Osten und Israel zu. Russland ist nicht nur Verbündeter von Assad in Syrien. Es bildet eine strategische Allianz mit dem Iran gegen die USA im Nahen Osten und hielt erst im Januar Militärübungen mit dem Iran und China im Indischen Ozean ab. In Afghanistan haben China und Russland nach dem Abzug der NATO-Alliierten im letzten Jahr umgehend das Machtvakuum besetzt. Hier dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, wenn Deutschland mit Ländern im Nahen Osten neue Energieverträge abschließt. Unsere Wachsamkeit ist gefragt im Blick auf die Sicherheit Israels.

Kein Hass auf Russen!

Die Verführbarkeit Deutschlands unterscheidet sich von der Russlands nur graduell. Russland zu dämonisieren, bringt keinen Frieden, sondern befeuert das Kriegsgeschrei. Wir weisen Putins barbarischen Krieg in aller Deutlichkeit zurück, kämpfen aber nicht gegen das russische Volk. Seit Beginn des Krieges wird weltweit Hass gegen Russland und russische Bürger geschürt. Russische Geschäfte und Restaurants werden in Deutschland boykottiert und angegriffen, Waren aus Supermärkten entfernt, Russen erhalten Hausverbot in Restaurants, Kinder werden in der Schule bedroht und sogar russische Komponisten vom Spielplan abgesetzt, die lange tot sind. Auf deutschen Rastplätzen saßen russische LKW-Fahrer fest ohne Geld, Lebensmittel und Diesel, weil sie nach dem SWIFT-Ausschluss mit ihren Karten nicht mehr bezahlen können, und wurden zudem noch bedroht. Oft genug fallen den Anfeindungen sogar Ukrainer zum Opfer, weil sie nicht von Russen unterschieden werden oder weiter friedlich zusammenarbeiten.

Die Corona-Pandemie forcierte bereits Hass und Gewalt zwischen Befürwortern und Gegnern der Maßnahmen. Während im Frühjahr 2021 mit einem Gesetzespaket Hassrede als Straftatbestand etabliert wurde, beförderten Politik und Medien damit die Stigmatisierung und Ausgrenzung von Personengruppen und den Hass der Mehrheitsgesellschaft. Umgekehrt staute sich bei den Diskriminierten Hass und Empörung und entluden sich vor allem über Politikern. Nachdem gegen das Virus eine völlig unverhältnismäßige Kriegsrhetorik aufgefahren wurde, befinden wir uns jetzt tatsächlich im Krieg. Das darf jedoch in keiner Weise eine noch unverhohlene Aggression gegen Menschen russischer Nationalität oder Abstammung rechtfertigen. § 192a Strafgesetzbuch schließt verhetzende Beleidigung wegen der nationalen, rassischen, religiösen oder ethnischen Herkunft ein und gilt auch für unsere russischen Mitbürger. Nicht sie führen Krieg gegen die Ukraine und auch nicht die russische Bevölkerung, sondern Putin und seine Regierung. Daran ändert auch nichts die Tatsache, dass ein Großteil der russischen Bürger aufgrund von Desinformation durch die russischen Medien dem Krieg ambivalent oder gar befürwortend gegenüberstehen. Hass und Gewalt gegen Russen verhindern keine einzige Bombe auf die Ukraine. Im Gegenteil weiten wir den Krieg zwischen Russland und der Ukraine auf unser Land und Europa aus und spielen damit Putin in die Hände.

Als Bündnis C rufen wir zu Verständigung und Begegnung mit unseren russischen Mitbürgern und Freunden

auf. Prinzipien der Völkerverständigung müssen gerade unter Kriegsbedingungen gepflegt werden, um ein friedliches Zusammenleben in der Zukunft zu ermöglichen. Wir wollen nicht erneut Fronten zwischen Ost und West, zwischen Deutschen und Russen aufrichten, sondern die über drei Jahrzehnte gewachsene Freundschaft zwischen unseren Völkern erhalten.

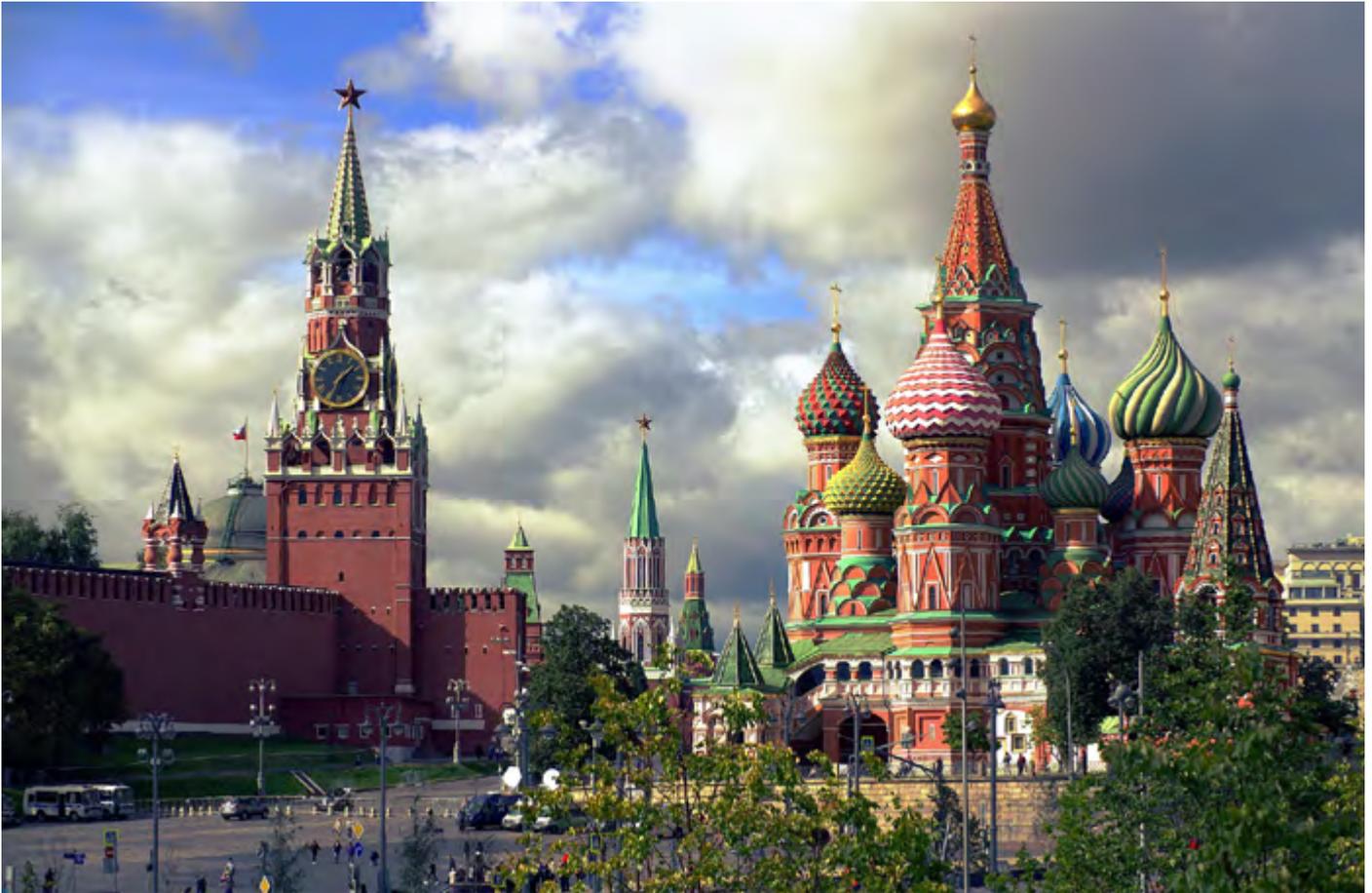
Christlicher Nationalismus und globale Konfrontation

Die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) und ihr Oberhaupt, Patriarch Kyrill I. rechtfertigen den Krieg gegen die Ukraine als Kampf gegen Kräfte des Bösen aus dem Westen und zur Verteidigung christlicher Werte. 2018 spaltete sich eine eigenständige ukrainisch-orthodoxe Kirche von Moskau ab. Russisch-orthodoxe stehen ukrainisch-orthodoxen Soldaten gegenüber und töten einander. Papst Franziskus hält sich zurück, um Fortschritte in der Ökumene mit der Orthodoxie nicht zu gefährden und – bisher erfolglos – über Kyrill Einfluss auf Putin zu nehmen.

Nach Auffassung Kyrills gehört die Ukraine zum „Heiligen Rus“, das wiederhergestellt werden soll. Kiew ist geografisch und geistlich ein zentraler Bezugspunkt für die russisch-orthodoxe Kirche, die nach dem Ende der Sowjetunion eine erstaunliche Wiedergeburt erlebte, und eng mit der russischen Führung verbunden ist. Damit unterstützt die Russisch-Orthodoxe Kirche im Namen eines christlichen Nationalismus Putins Neoimperialismus, der auf die Wiedererrichtung Großrusslands zielt als Gegenpol zur westlichen Welt. Die Gewaltherrschaft des Kommunismus und Stalinismus der Sowjetunion wurde in Russland nie aufgearbeitet und steht im mörderischen Krieg gegen die Ukraine wieder auf.

Durch die Ukraine verläuft die Grenze zwischen den asiatischen Wurzeln Russlands und den slawisch-europäischen Wurzeln der Ukrainer. Bei der UN-Vollversammlung Anfang März haben die Großmächte China und Indien Russland demonstrativ den Rücken gestärkt. Eine von ihren Wurzeln her kommunistische Allianz des „Russischen Bären“ und des „Chinesischen Drachen“ konfrontiert Europa und die westliche Welt.

Dabei stehen sich jedoch nicht Gut und Böse gegenüber. Europa hat die christlichen Werte, die es durch seine Geschichte hindurch erfolgreich, human und frei gemacht, ausgehöhlt und bekämpft sie selbst. Es stehen sich mit Russland und dem Westen zwei Systeme gegenüber, die das Christentum verlassen oder benutzt und pervertiert haben für widergöttliche Zwecke.



Prophetische Dimension

Es gab bereits Anfang des neuen Jahrtausends Prophetien, dass der Eiserne Vorhang wieder zugehen wird und dass die Gefahr aus dem Osten und den alten russischen Stätten zurückkommen wird. In Russland hat sich der Vorhang bereits mit dem neuen Anti-Terror-Gesetz 2016 wieder zu schließen begonnen, das die Religionsfreiheit stark einschränkt.

Gleichzeitig gab es Prophetien, dass auch eine Erweckung in Europa aus dem Osten kommen wird, was Kirchen und Gemeinden unter dem wachsenden Druck in Russland und der Ukraine erleben. Kiew hat mit 2000 Mitgliedern eine der größten jüdisch-messianischen Gemeinden der Welt. In der Ukraine leben etwa 200 000 Juden, denen Israel seit Beginn des Krieges die Einwanderung anbietet und deren Evakuierung organisiert.

Für Europa ist der Krieg ein Ruf zur Umkehr, wo es Gott vergessen, auf eigene Stärke und Wissen, selbstgesetzte Werte, Wohlstand und Verweltlichung gesetzt hat. Am 25. April und 28. Dezember 2021 gab es Prophetien in Sievernich, dass ein Krieg unter Beteiligung von Russland, der Ukraine, der USA und Europa die ganze Welt entzünden könnte, wenn wir nicht von

unseren eigenen Wegen umkehren und Gott um Erbarmen bitten. Russland wird die Geißel Europas sein, wenn wir weiter unseren Weg der Glaubenslosigkeit gehen.³

Neben der großen Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge aus der Ukraine erleben wir seit Beginn des Krieges einen Gebetsaufbruch in Deutschland und Europa, in der Ukraine und Russland, der nach dem Ratschluss Gottes fragt in dieser Zeit und mit diesem Krieg. Die Christen in der Ukraine sind in den jahrelangen Kämpfen um ihr Land gereift und erwarten ihre Hilfe nicht von Europa oder den USA. Sie haben sich in den innenpolitischen Auseinandersetzungen nie mit einer Seite der Macht gemein gemacht, sondern ihr Land Gott anbefohlen. Es liegt an uns als Gemeinde Jesu, ob das Reich der Finsternis, das die Welt bedroht, zur Geburt kommt, oder das Reich Gottes durchbricht. Wir wissen uns in den Wehen, die uns in der Bibel auf dem Weg zu Jesu Wiederkunft vorausgesagt sind, und dass in den Erschütterungen der Systeme des Bösen der unerschütterliche Ratschluss Gottes für die Nationen hervorkommen soll (Hebr 12,27).

³ Russland, Ukraine und das Jesuskind <https://www.youtube.com/watch?v=YG-JT9JUxjCs>

Der Frieden Christi

Einen Krieg in Europa werden nicht die USA verhindern, sondern bestenfalls die Gnade Gottes, der Europa über 70 Jahre Frieden geschenkt hat, und unsere Umkehr von westlicher Selbstgerechtigkeit, dass wir das alles selbst geschafft haben.

Den Nachkriegsgeist, in dem die Europäische Gemeinschaft gegründet wurde, beschreibt ein Zitat ihres Gründervaters Robert Schuman:

„Der europäische Geist zeichnet sich dadurch aus, dass er sich der Zugehörigkeit zu einer kulturellen Familie bewusst und gewillt ist, dieser Gemeinschaft im Geist völliger Gegenseitigkeit zu dienen, ohne verborgene Motive von Vormachtstellung oder selbstsüchtiger Ausbeutung anderer. Das 19. Jahrhundert hatte erlebt, wie feudalen Ideen Widerstand geleistet wurde und wie sich mit dem Aufkommen eines nationalen Denkens Nationalitäten selbst behaupteten.

Unser Jahrhundert, das Zeuge der Katastrophen geworden ist, die zu dem nicht endenden Zusammenprall von Nationalitäten und Nationalismen führten, muss erfolgreich danach streben, die Nationen in einer supranationalen Vereinigung zu versöhnen.“

Der europäische Geist, in dem die Annäherung und Aussöhnung bis dahin verfeindeter Nationen möglich wurde, war der Geist Christi. Frankreich reichte dem verhassten Deutschland zuerst die Hand. Nach dem Ende des Kalten Krieges öffnete sich die Chance der Annäherung und Aussöhnung auch mit Russland, die heute gescheitert scheint. Putin erinnerte zu Beginn seines Krieges an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941. Aber Geschichte wiederholt sich nicht. Es bleibt gerade jetzt die Verantwortung unserer Nation, die ausgestreckte Hand nicht zurückzuziehen. Wir bitten um Vergebung, wo wir den Westen überlegen geglaubt und Russland geringgeschätzt haben.

Wir leiden mit der ukrainischen Bevölkerung und rufen zu Hilfe und Gebet für die Menschen im Land und für die Flüchtlinge in Deutschland auf. Wir lieben Russland und wollen keine erneute Konfrontation, sondern Versöhnung der Beziehung zwischen Ost und West. Wir erwarten und erbitten das Eingreifen Gottes, wo



wir dabei versagt haben und mit unseren Mitteln und Möglichkeiten am Ende sind.

Und wir wehren aller Furcht, die durch unser Land geht. Jesus sagt: „Meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht.“ (Joh 14,27). Diese Nüchternheit bewahrt vor Überreaktionen, die die Konfrontation verhärten, statt abzurüsten. Wir beten für die Regierenden in Europa um den Geist Christi und Seine Wege für unsere Völker in dieser Zeit.



Karin Heepen

Bundvorsitzende
Bündnis C

Gebetsaufruf

Danke für Ihr Gebet!

Wacht nun und betet zu aller Zeit, dass ihr imstande seid, diesem allem, was geschehen soll, zu entfliehen und vor dem Sohn des Menschen zu stehen! (Lk 21,36)

Mit diesem Vers möchte ich Sie, liebe Mitglieder und Freunde, grüßen. Wir befinden uns gerade in einer sehr herausfordernden Zeit, wo es umso wichtiger ist, wachsam zu sein und uns als Partei im Gebet zu vereinigen. Auch wenn die Armee der Beter oft im Verborgenen ist, so hat sie doch eine große Auswirkung und kann Dinge freisetzen und Rückendeckung geben.

Ich bin sehr dankbar, dass wir immer mehr Beter für Bündnis C werden. Wir haben seit dem letzten Aufruf mehr als zwölf neue Beter dazubekommen und erhalten auch immer wieder Rückmeldungen und Eindrücke zum monatlichen Gebetsbrief, worüber wir uns sehr freuen. Wir fühlen uns als Bundesvorstand getragen und spüren, dass es wichtig ist, dass für uns gebetet wird.

Warum dann noch ein Aufruf?

Wir haben immer wieder erlebt, welch wertvolle und wichtige Waffe das Gebet ist und wie es uns stärkt und

ermutigt. Oft sind Entscheidungen zu treffen, wo wir Weisheit benötigen, aber auch unsere Landesverbände und Kreisverbände benötigen Gebet. Wir wollen weiter als Partei wachsen und bekannter werden. Dafür benötigt es auch Schlüsselpersonen, die Gott uns zur Seite stellt. Auch Beter können im Verborgenen wichtige Schlüsselpersonen sein, denn sie machen sich mit dem Wort Gottes und dem Vater im Himmel eins und hören auf ihn. Wir sind auf die Stimme des Heiligen Geistes und sein Reden angewiesen, um die richtigen Schritte zu gehen.

Unter <https://buendnis-c.de/mitmachen/#beten> oder in der Bundesgeschäftsstelle können Sie sich für den Gebetsbrief anmelden. Wir freuen uns auf Sie und danken allen, die im Gebet für Bündnis C stehen!



Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

als erstes möchte ich mich bei Ihnen für all die Gebete, die Mitarbeit und die großzügigen Spenden bedanken. Wir freuen uns, dass Sie alle Bündnis C im Jahr 2021 unterstützt haben.

Auch im Jahr 2022 warten viele Aufgaben auf Bündnis C. So haben die Landesverbände Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die Teilnahme an den Landtagswahlen beschlossen. Teilweise ist die Wahlteilnahme durch die hohen Hürden nur mit Direktkandidaten möglich, für die wir Sie um Unterstützung bitten

Als neuer Bundesschatzmeister von Bündnis C möchte ich Ihnen unsere Anliegen darüber hinaus für das Jahr 2022 vorstellen:

- Wir benötigen Profis für die Öffentlichkeitsarbeit und für Kampagnen, um professioneller und medienwirksamer neue Zielgruppen und Interessenten zu erreichen.
- Wir wollen unsere inneren Strukturen und die Landesverbände als Säulen der Partei stärken.
- Wir wollen gezielt in Mitgliederwerbung investieren.

Um all diesen Aufgaben gerecht zu werden, brauchen wir Menschen, die bereit sind, die Arbeit im Gebet zu tragen und finanziell unterstützen. Bitte helfen Sie mit, Bündnis C auf eine breitere Basis zu stellen.

Verbunden mit den besten Segenswünschen grüßt Sie herzlich Ihr

Mathias Scheuschner, Bundesschatzmeister

Der fünffältige Dienst – Eine Vision für unsere innere und äußere Wirksamkeit

In der Bibel lesen wir in Sprüche 29,18: *Wo keine Offenbarung ist, da verwildert ein Volk, aber wohl ihm, wenn es das Gesetz beachtet.*

„Wo keine Offenbarung ist“, wird oft mit „wo keine Vision ist“ übersetzt, was grundsätzlich möglich ist, wenn man dabei nicht vergisst, dass die Vision auch die Dimension der Offenbarung Gottes haben sollte, und die rein menschliche Verankerung einer Vision nicht ausreicht. In diesem Sinne ist es sowohl persönlich als auch als Organisation oder Unternehmen wertvoll, sich der Vision Gottes für sein Leben oder seine Organisation bewusst zu werden.

Wenn das Volk (Gottes) keine gemeinsame Vision und göttliche Offenbarung hat und auch das Gesetz nicht korrekt beachtet, so kann man aus dem Vers lesen, dass es eben dann verwildert.

Passend dazu der Satz: Man kann nicht die Gebote brechen, aber man zerbricht daran, wenn man sie nicht hält, was sowohl für den Einzelnen, eine Nation und die Menschheit gilt. Sind nicht gerade Verwilderung und Zerbruch exakt das, was wir in diesen Tagen erleben?

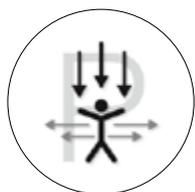
Folgerichtig kann man daraus schließen, dass es an vielen Orten einen Mangel an Vision und Beachtung des Wortes Gottes gibt, auch dort, wo Christen zusammenkommen. Als Bündnis C sind wir dabei in erster Linie für unser eigenes Zusammensein verantwortlich, dann mitverantwortlich für die Situation der Christenheit in unserem Land und auch für die, die JESUS CHRISTUS in unserem Land heute noch fern sind.

Wenn gesellschaftlich Gottes Wort und Gottes Gebote abgelehnt werden, gibt es keine absoluten Grundsätze mehr für Gut und Böse. Moralische Erkenntnisse hän-

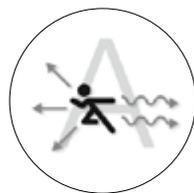
gen dann nur noch von einzelnen Menschen oder von Gruppen ab, die sie vertreten. Die Menschen werden Richter über ihr eigenes Verhalten. Grundsätze, Gesetze und das Recht werden entsprechend angepasst und laufen Gefahr, zu Unrecht zu werden, wie wir es bei der Gesetzgebung zur Abtreibung seit Jahren beobachten mit stetiger Verschlimmerung. Oder man kann es daran sehen, wie manche jetzt über „die Russen“ richten, ohne dabei in Mitgefühl an die vielen russischen Eltern zu denken, die ebenso wie die Ukrainer den Tod ihrer Kinder miterleben müssen und um diese trauern. Die Gebote werden ersetzt durch eine Philosophie, die ungefähr so lautet: „Wenn du ein gutes Gefühl dabei hast, dann tu es ruhig“.

Und wenn „es doch alle so machen“, dann ist das schon Rechtfertigung genug. So verwildern Menschen.

Unzucht und Ehebruch sind die Folgen. Kriminalität und Gewalttätigkeit steigen bedrohlich an. Bestechung breitet sich aus in Wirtschaft und Regierung. Lüge wird zum üblichen und geduldeten Verhalten. Der Stoff, aus dem die Gesellschaft gemacht ist, löst sich langsam auf.



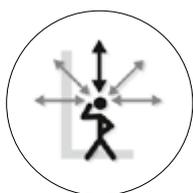
Prophet –
der Querdenker



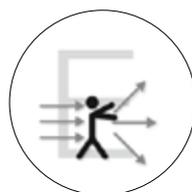
Apostel –
der Beweger



Hirte –
der Klimapfleger



Lehrer –
der Fundamentleger



Evangelist –
der Kommunikator

© Dr. Stefan Vatter
(Finden, Fördern, Freisetzen)

Dabei ist uns die göttlich verankerte Vision, die uns vor all dem bewahren kann, gegeben in Epheser 4,13–16 (GN):

So soll es dahin kommen, dass wir alle die einende Kraft des einen Glaubens und der einen Erkenntnis des Sohnes Gottes an uns zur Wirkung kommen lassen und darin eins werden – dass wir alle zusammen den vollkommenen Menschen bilden, der Christus ist, und hineinwachsen in die ganze Fülle, die Christus in sich umfasst. Wir sind dann nicht mehr wie unmündige Kinder, die kein festes Urteil haben und auf dem Meer

der Meinungen umhergetrieben werden wie ein Schiff von den Winden. Wir fallen nicht auf das falsche Spiel herein, mit dem betrügerische Menschen andere zum Irrtum verführen. Vielmehr stehen wir fest zu der Wahrheit, die Gott uns bekannt gemacht hat, und halten in Liebe zusammen. So wachsen wir in allem zu Christus empor, der unser Haupt ist. Von ihm her wird der ganze Leib zu einer Einheit zusammengefügt und durch verbindende Glieder zusammengehalten und versorgt. Jeder einzelne Teil erfüllt seine Aufgabe, und so wächst der ganze Leib und baut sich durch die Liebe auf.

Ist das nicht eine wunderbare und einladende Vision, die jedwede Spaltung in der Lage ist zu überwinden? Wieder mal hat der allmächtige Gott einen besseren Plan für unser Leben als wir selbst. Lohnt es nicht und ist es nicht aller Mühe wert, dieser Vision nachzuspüren und in allen Bereichen an Ihrer Realisierung zu arbeiten in der Zeit, die uns noch bleibt?

In Epheser 4,11–12 (GN) haben wir auch den Plan mitbekommen, wie diese Vision Realität werden kann: Er hat die einen zu Aposteln gemacht, andere zu Propheten, andere zu Evangelisten, wieder andere zu Hirten und Lehrern der Gemeinde. Deren Aufgabe ist es, die Glaubenden zum Dienst bereitzumachen, damit die Gemeinde, der Leib von Christus, aufgebaut wird.

Durch einen Impuls von Harald Eckert wurde uns im Bundesvorstand die Relevanz des fünffältigen Dienstes für uns als Partei erstmals bewusst, und wir berieten miteinander, wie diese Vision des Leibes Christi auch für uns als Vorstände und Verbände fruchtbar werden kann, um die Partei organisch aufzubauen. Konkret bedeutet dies zunächst, dass wir uns in unseren Gremien darin einüben einander zu erkennen, wem der HERR welche Gaben des fünffältigen Dienstes gegeben hat in und welcher Stärke und Ausprägung. Wenn wir nach diesen Ausprägungen unsere Aufgaben aufteilen, werden wir die guten Ergebnisse und Früchte der Zusammenarbeit bald erkennen. So haben wir im Bundesvorstand begonnen zu agieren und konnten die Verringerung von Reibungsverlusten und einen übernatürlichen Frieden und Einheit erleben. Dazu möchten wir Euch auch in den Landes- und Kreisverbänden ermutigen.

Wer nicht genau weiß, welche Gaben er im Sinne des fünffältigen Dienstes geschenkt bekommen hat, dem empfehlen wir die Homepage ahelp.info. Dort findet man die Beschreibungen der Apostel, Hirten, Propheten, Lehrer und Evangelisten, ebenso wie einen kurzen Test mit ein paar Fragen, mit deren Hilfe man in ca.

15 Minuten seine Gaben und Ausprägungen herausfinden kann. Für uns im Bundesvorstand war dieser Prozess sowohl spannend für jeden Einzelnen als auch für uns als Gruppe.

Der fünffältige Dienst soll aber über die Gemeinde Jesu hinaus in der Gesellschaft fruchtbar werden und dem Volk wieder eine Vision, eine Offenbarung vom Gesetz Gottes geben, wo es diese verloren hat, wie wir in Sprüche 29,18 lesen. Als Partei sind wir nicht zuerst Evangelisten, Propheten oder die Hirten des Volkes. Die Politik regiert das Land und als Partei haben wir eine apostolische Berufung für die Politik. Dabei verkünden wir auch das Wort Gottes, wo es politisch relevant ist, dienen dem Volk in politischen Gremien, lehren Gut und Böse in der Politik von der Bibel her zu unterscheiden und brauchen eine prophetische Sicht auf das Weltgeschehen, um die Zeichen der Zeit zu verstehen.

Mit alledem wollen wir aber unser Land in seine Bestimmung bringen und es aus seiner abgeschlossenen ideologischen Fixierung auf das scheinbar Machbare in eine Reich-Gottes-Perspektive für Politik und Gesellschaft führen. Wir entwickeln Antworten und Lösungen, wie die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft aus biblischer Perspektive funktionieren können, und machen Leute dafür fit, die das umzusetzen. Dafür können wir eine apostolische Plattform sein, die die Christen in der Politik zusammenbringt und ausrüstet, um unseren gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen.



Unser neuer Mitarbeiter

Stefan Melchien arbeitet seit Anfang des Jahres in unserer Bundesgeschäftsstelle mit. Wir freuen uns über die Verstärkung für Daniel Gräber und heißen ihn herzlich willkommen. Stefan Melchien stellt sich hier unseren Mitgliedern und Interessenten vor:

Ich freue mich, seit Januar 2022 in der Bundesgeschäftsstelle in Karlsruhe durch meine Tätigkeit eine tatkräftige Unterstützung und bei Bedarf eine gute Vertretung für Daniel Gräber sein zu können.

Zu meiner Person: Ich heiße Stefan Melchien, bin 52 Jahre alt und seit ca. 10 Jahren alleinerziehender Vater von zwei Söhnen (18 und 16 Jahre alt), mit denen ich 2010 von Magdeburg nach Karlsruhe gezogen bin. Ich habe hier vor Ort nicht nur eine neue Arbeitsstelle in der Kundenbetreuung der genossenschaftlichen Finanzgruppe gefunden, sondern wir sind auch Teil einer Gemeinde geworden, die uns in vielen Lebenslagen Halt und Zuversicht gegeben hat, wofür ich sehr dankbar bin.

Als Christ bringe ich mich seit vielen Jahren ehrenamtlich in Projekte und Initiativen ein, die durch konkrete direkte Unterstützung den Menschen nicht nur helfen, sondern auch gezielt Perspektiven schaffen. Insbesondere die Arbeit mit und für Kinder liegt mir dabei am Herzen. Aber um den herausfordernden Fragen unserer Zeit eine friedliche, menschen- und naturfreundliche Antwort zu geben, bedarf es mehr als nur lokale Hilfe. Deshalb unterstütze ich Bündnis C sehr gern, weil ich die Partei als Netzwerk vieler Christen verstehe, die sich politisch und sozial engagieren, um der Politik in unserem Land eine Richtung zu geben, die auf christliche Werte und Perspektiven setzt.

Im Büro der Bundesgeschäftsstelle übernehme ich alle anstehenden Aufgaben. So betreue ich z. B. die Mitgliederverwaltung, übernehme den Materialversand und erledige Korrespondenzen. Ich telefoniere mit Mitgliedern und helfe bei Problemen und beantworte deren Fragen. Informationen müssen per E-Mail an die entsprechenden Landesverbände weitergeleitet werden und Material per Post bzw. Paket bundesweit verteilt werden. Auch unsere Mitgliederdatenbank muss ständig aktualisiert werden. Ich helfe daneben bei der Überprüfung und Berichtigung von Texten und Formularen und übernehme die vielfältigsten Büroaufgaben

– einfach alles, was anfällt. Die Zusammenarbeit mit Daniel ist nicht einfach nur ein Job, sondern eine inspirierende Beschäftigung, die neben den sachlich notwendigen Tätigkeiten auch Raum für Gedanken- und Erfahrungsaustausch, Diskussion und Gebet bietet.

Ich bin stolz, ein Teil dieses christlichen Bündnisses zu sein und aktiv meinen Beitrag zu leisten, damit wir stärker und erfolgreicher werden. Und ich freue mich, viele interessante Menschen kennenzulernen. Dank an all diejenigen, die mich hier herzlich aufgenommen haben.



EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter buendnis-c.de/eindruck-magazin/ können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.



Rücktritt und Ausblick

Frühjahr 2018. Die Europawahlen kündigten sich langsam an. Eine Wahl, an der ich schon immer einmal teilnehmen wollte. Zudem womöglich die letzte Wahl ohne echte Prozenzhürde. Bis dato war – und bin ich weiterhin – Teil einer kommunalen Wählergruppe, in der ich mich nach dem Motto „Suchet der Stadt Bestes“ engagiere. Da zu Europawahlen nur Parteien zugelassen sind, machte ich mich auf die Suche nach einer Partei, die mein christlich geprägtes Weltbild versteht und christlich-jüdische Werte lebt. Mein erster Blick fiel auf die CDU (obwohl ich beim politnavi.de immer bei der SPD eingeordnet werde), doch ist es unmöglich, in einem großen Apparat überhaupt auf die Liste genommen zu werden. Im Europaparlament saßen auch Vertreter und Vertreterinnen der Partei, die sich aus den Freien Wählern gebildet hatte. Auch hörte ich, dass einer der Parlamentarier erwog, eventuell zum Bündnis C zu wechseln. Bündnis C fand ich schnell im Internet. Von den Vorgängerparteien hatte ich als Karlsruher schon gehört und sie immer wieder beobachtet. Bündnis C suchte gerade einen Leiter der Bundesgeschäftsstelle. Ich schickte meine Bewerbung. Kurz darauf rief mich Mathias Scheuschner an. Wir unterhielten uns über die Arbeitsanforderungen. Schnell wurde mir klar, dass ich das Profil zeitlich nicht ganz ausfüllen kann, da ich schon das Büro zweier freier Stadträte in Teilzeit leitete. Ich sagte ab und empfahl Daniel Gräber, der nun auch Bundesgeschäftsführer ist – und eine sehr gute Arbeit macht.

Für die Europawahlen ließ ich mich aufstellen und war am Wahlkampf beteiligt, durfte das Europaparlament in Brüssel und Straßburg kennenlernen und seitdem die Partei in einigen Belangen mitgestalten: neuer Webauftritt, mehr Social Media, eine Cloud. Doch zeitlich wurde ich privat und in meinem kommunalpolitischen Engagement immer mehr gebunden, musste einige Unterfangen auf- oder abgeben. Nach der Europawahl hieß auch nach der Kommunalwahl: Wir erlangten mit den Freien Wählern in Karlsruhe Fraktionsstatus, ich durfte die Fraktionsgeschäftsführung übernehmen, eine Stelle in Vollzeit.

Gleichzeitig schlägt mein Herz für Weiterbildung, gerade im Bereich interkultureller Führung. Das Thema war schon 2015 im Blick auf die vielen Geflüchteten relevant und ist es nun wieder, in womöglich größerer Dimension. Bis 2020 schloss ich auf dem Gebiet einen Master ab und entdeckte ein Forschungsgebiet in der

Theologie, das im Blick auf interkulturelle Führung ganz neue Akzente für christdemokratische Politik als auch Kirche setzen könnte.

Nun wird klar, alles gleichzeitig geht nicht. Die Familie sollte Priorität haben, dann die Arbeit und Forschung. Für mich wurde klar, wenn ich promovieren darf, dann muss ich Ehrenämter abgeben. Mit der Annahme meiner Bewerbung trat ich aus dem Bundesvorstand zurück, für den ich beim letzten Bundesparteitag mit viel Vertrauen bestätigt wurde. Ich kann diese Rolle mit all meinen Verbindlichkeiten und Zielen, die ich zutiefst im Herzen verspür, nicht mehr ausfüllen und ihr nicht gerecht werden, was dem Stimmergebnis zuwiderlaufen würde. Auch einige andere Aufgaben muss ich abgeben. Es gilt, sich auf das für mich jetzt Wesentliche zu fokussieren.

Mit Bündnis C gab es Auf und Ab, einige Wahlkämpfe und das Ringen um Positionen zu verschiedenen politischen Themen, bei denen ich auch immer mal wieder etwas anderer Meinung war – wie es in jeder Partei der Fall ist. Ich schätze die Zeit, die ich mit dem Bundesvorstand verbringen durfte, und all das, was ich an Erfahrungen machen und lernen konnte über die letzten knapp vier Jahre, seit ich Mitglied bin. Mein Dank geht besonders an Karin Heepen, ihren Einsatz und all die guten Gespräche und den immer sehr konstruktiven Austausch, sowie an Daniel Gräber, der mich gerade in diesem Übergang und bei meinen Aufgaben für die Bundesgeschäftsstelle unterstützt hat. Der Bundesvorstand hat einen Beirat eingesetzt, der aus Menschen zusammengesetzt wird, die Bündnis C in verschiedenen Fragen beraten und bereichern können. Nun prüfe ich für mich, ob ich eine Berufung in den Beirat annehme, um auf diese Weise mit Bündnis C verbunden zu bleiben.

Es ist ein kleiner Abschied, aber auch ein Aufbruch, nicht nur bei mir.



Micha
Schlittenhardt

Beisitzer im
Bundesvorstand

Aus den Landesverbänden

Nordrhein-Westfalen

Landtagswahl am 15. Mai 2022

Liebe Freundinnen und Freunde von Bündnis C, die Werte und die Liebe Gottes in der Politik unserer Gesellschaft sichtbar werden zu lassen, ist meine Leidenschaft. Als bekennender Christ ist es mir wichtig, meine Stimme mit reinem Gewissen und im Einklang mit meinem Glauben abgeben zu können. Aus diesem Grund habe ich mich als Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen für die Landtagswahlen am 15. Mai 2022 aufstellen lassen. Als junger Landesverband haben wir uns bereits mehrfach in das politische Geschehen einbringen können. Zu nennen sind die Ruhrwahlen, Kommunalwahlen, Bundestagswahl und nun mit der Zulassung am 17.03.2022 auch die Landtagswahlen.

Außer mir stellt sich unser stellvertretender Landesvorsitzender Dietrich Janzen zur Wahl. Somit haben wir es mit zwei Kandidaten geschafft, die Wahlzulassung in unseren Wahlkreisen 40 Mettmann IV und 88 Minden-Lübbecke zu erhalten. Dieses Mal sind wir leider nicht als Landesliste abgebildet. Wir sind jedoch überzeugt, mit unserer Wahlteilnahme zu bekunden, dass wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber der Wählerschaft gerecht werden wollen.

Hiermit möchte ich die Gelegenheit nutzen und unseren Unterstützern für die bisherige Hilfe zu danken. Bündnis C steht in der Möglichkeit, als überkonfessionell ausgerichtete politische Partei die Gesellschaft mitgestalten zu können. Wichtiger denn je ist, dass Jesus Christus unsere Regierung mit und durch seinen Heiligen Geist leitet.

Darum würde es uns freuen, wenn Ihr Euch bei uns meldet oder unsere Kontaktdaten weitergibt. Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf der Suche nach neuen und alten Mitgliedern, die sich aktiv mit einbringen möchten.

Zuletzt möchten wir euch darüber in Kenntnis setzen, dass der Landesverband vor kurzem ein eigenes Konto eröffnen konnte. Die Bankverbindung lautet:

Begünstigter: Bündnis C oder Buendnis C
IBAN: DE04 3345 0000 0026 0580 08
BIC: WELADED1VEL

Wir freuen uns über Spenden, aktive Unterstützung und Euer Gebet für den vor uns liegenden Wahlkampf.

Ich rufe euch aus Nehemia 8 zu: Seid nicht bekümmert – denn die Freude am Herrn ist eure Stärke.

Herzliche Segensgrüße



Marcel Stubbe

Landesvorsitzender
Nordrhein-Westfalen

Schleswig-Holstein

Unsere beiden Kandidaten für die Landtagswahl am 8. Mai 2022:



Hans Martin Konzelmann

- Verheiratet, 3 Kinder und 9 Enkelkinder
- Staatlich geprüfter Physikalisch-Technischer Assistent
- Studium der Betriebswirtschaft an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Stuttgart

- Studium Gesundheits- und Sozial-Ökonomie an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Hamburg
- 11 Jahre Angestellter im mittelständischen Unternehmen
- 14 Jahre Hausleitung einer Seniorenwohnanlage
- Seit 12 Jahren selbstständig mit eigenem Betreuungsbüro
- Mitglied in der Gemeindeleitung der Christuskirche der EFG Quickborn
- Hobbys Skifahren und Tanzen

Politisches Motto:

- Politik in Verantwortung vor Gott und seinen Geschöpfen in Freiheit und Frieden gestalten.



Dr. Hans-Christoph Hushahn

- Vater von 3 erwachsenen Kindern. Verheiratet mit Petra Hushahn.
- Zahnarzt und freischaffender Künstler, Maler und Bildhauer
- Ausstellungen in Galerien und Kunstverein
- Zurzeit tätig im Gesundheitsamt als Schulzahnarzt
- Abitur, Uni, Promotion in Hamburg
- Bundeswehrdienst als Ausbilder Panzergrenadiere in Hamburg
- Seit 20 Jahren in der baptistischen Christengemeinde EFG Quickborn
- Sport Eishockey und Wellenreiten
- Urlaub meistens Sylt
- Hobbys Motorrad fahren und Lesen.

Politisches Motto:

- Frieden und Freiheit durch Glauben statt Sozialismus.

Saarland

Gründung des Landesverbandes Saar

Am 6. Januar 2022 trafen sich Mitglieder von Bündnis C, um den Landesverband Saarland ins Leben zu rufen. Wir danken Dr. Norbert Höhl, der uns als Versammlungsleiter durch seine Ausführungen hilfreich zur Seite stand. Ebenso danken wir der Stadtmission Neunkirchen, deren Räumlichkeiten wir nutzen durften.

Nominiert wurden durch die Wahl in den Landesvorstand:

Landesvorsitzender: Dieter Rebmann

Stellvertretende Landesvorsitzende: Alois Neu,
Richard Wagner

Schatzmeister: Klaus-Peter Kappler

Beisitzerinnen: Inge Kappler, Renate Rebmann

Um die benötigten 150 Unterstützerunterschriften für die Teilnahme an der Landtagswahl zu erhalten, haben wir Menschen in unserem persönlichen Umfeld angesprochen. Am 14. und 15. Januar konnten interessierte Passanten an unserem Stand auf dem Stummplatz in Neunkirchen mehr über Ziele und Grundsätze von Bündnis C erfahren. An dieser Stelle danken wir Andrea Rehwald herzlich, die uns mit viel Erfahrung unterstützte.

Das Ziel haben wir dieses Mal nicht erreicht. Es fehlten uns noch 70 Unterschriften. Das wird uns aber nicht davon abhalten, weiter um Mitglieder zu werben, denn wir dienen ja in erster Linie unserem Herrn und Heiland Jesus Christus. Er segne uns alle reichlich.

Klaus-Peter Kappler und Alois Neu

Niedersachsen

Landtagswahl 2022

Die Vorbereitung der Landtagswahl 2022 ist aktuell überschattet von den Ereignissen in der Ukraine. Wir sind jeder auf seine Art entsetzt über das furchtbare Elend, das der russische Einmarsch in die Ukraine über die Menschen gebracht hat. Nichts ist und bleibt in Europa, so wie es mal war. Wie konnte es passieren, dass in Europa im 21. Jahrhundert ein Krieg ausbricht,

obschon viele Länderchefs im Vorfeld mit dem Präsidenten von Russland in Verhandlungen waren?

Wir als Christen sind in besonderer Weise zum Frieden in der Welt verpflichtet und haben dabei niemanden als Jesus Christus vor Augen, der uns den wahren Frieden lehrte. Wie beten für die Beendigung des unsagbaren Leides. Wir hoffen und glauben, dass Gott Wunder tun kann. Und hier muss ein Wunder geschehen, damit die verfeindeten Parteien zu Friedensverhandlungen bereit werden.

Unser Landesverband Niedersachsen möchte an der Landtagswahl am 9.10.2022 aktiv teilnehmen. Die Vorbereitungen dazu sind auf dem Landesparteitag am 26.3.2022 in Gifhorn zu treffen. Dort wird beraten, ob es eine Landesliste zur Landtagswahl geben wird und wer sich als Direktkandidat zur Verfügung stellt. Außerdem wird der Landesvorstand neu gewählt. Wir haben durch die Wahlvorbereitung die Möglichkeit, unsere Politik in die Öffentlichkeit zu bringen, und diese Chance wollen wir nutzen.

Die erforderliche Anzahl der 2000 Unterstützungsunterschriften ist eine echte Herausforderung für uns und bedarf des ganzen Einsatzes aller Mitglieder. Das Prozedere kennen wir aus der Vergangenheit und hoffen, dass wir die Unterschriften in christlichen Gemeinden und von Privatleuten bekommen werden. Im Landtagswahlkampf werden Helfer für die Plakatierung ebenso gebraucht wie Verfasser von Artikeln für die örtliche Presse, die viele erreicht. Wir wollen auch einen Flyer erstellen und verbreiten.

Der Wahlkampf wird eine große Herausforderung für uns als kleine Partei. Aber wir wollen mitwirken, denn unsere Positionen zum Lebensrecht, Stärkung von Familien und auch der Ausbau des Schul- und Bildungswesens als Aufgabe des Landes sind notwendig und wichtig.



Annegret
Spilker

Beisitzerin
Landesvorstand
Niedersachsen

Baden-Württemberg

Landesparteitag Baden-Württemberg

Am 26.02.2022 fand in Karlsruhe unser erster außerordentlicher Parteitag als Landesverband Baden-Württemberg statt. Da wir durch das plötzliche Ableben unseres langjährigen Freundes, Mitstreiters und Schatzmeisters Friedemann Hetz am vergangenen Parteitag keinen Bericht des Schatzmeisters vorliegen haben konnten, wurde nun im Rahmen dieses Parteitages der Bericht durch unseren neuen Schatzmeister Norbert Gießler vorgestellt und die Entlastung des Vorstandes durch die Mitglieder erteilt.

Wir durften zu diesem Anlass fünfzehn Mitglieder begrüßen und gemeinsam mit Kaffee und Butterbrezeln in diesen interessanten Tag starten.



Betroffen von der Tatsache, dass dieser Parteitag angesichts eines Krieges auf europäischem Boden stattfindet, haben wir ihn begonnen mit einer Zeit des Gebets, das untermalt war von dem Gesang des „Kyrie“ aus dem 15. Jahrhundert, gesungen vom Kammerchor Kiew (<https://www.youtube.com/watch?v=DrXISoPuCGg>).

Nach dem formalen Teil hatten wir Gelegenheit, von Hans-Jürgen Brozio hineingenommen zu werden in seine Arbeit von God@Work. Unter dem Titel „Christen – Licht und Salz in der Politik – Eine Herausforderung“ nahm er uns mit auf eine spannende Reise quer durch die Herausforderungen unserer Zeit, die Fragestellungen der Generationen, des Zusammenarbeitens von Firmen und Werken und vielem mehr. Immer wieder kamen wir zurück auf die Frage, was wir als Christen an Mehrwerten in diese Zeit einbringen können, die doch sehr von Erfolgsdruck und „Verkopfung“ geprägt ist. Gerade der Unterschied zwischen „Erfolg“, den unternehmerisches und auch politisches Handeln oft im Vordergrund sieht, und „Frucht“, einem Grundprinzip, das wir in der Bibel als Begrifflichkeit finden, hat diesen Vortrag zu einem echten Gewinn für alle Teilnehmer gemacht.

Im Anschluss haben wir in vier ca. einstündigen Workshops Ideen zu vier Themengebieten erarbeitet. Wir wollten unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitnehmen in verschiedene Fragestellungen, die die Parteiarbeit prägen können. Die Themen waren:

- Ehe und Familie
- Corona – Was haben wir aus 2 Jahren Pandemie gelernt?
- Praktische Ideen für einen guten Umgang mit Finanzen
- Mitglieder gewinnen und betreuen.

Die Arbeitsgruppen entwickelten Ideen, wie sich Parteiarbeit in diesen Fragestellungen positioniert. Schlaglichtartig stellen wir die Gruppenergebnisse in diesem Heft vor.



Mitglieder gewinnen und betreuen

Warum sind Mitglieder so wichtig?

- Viele Wähler schauen auf die Mitgliederzahl einer Partei. Eine Kleinpartei wollen sie nicht wählen, weil sie dies als eine „verlorene Stimme“ sehen.
- Wir benötigen Mitglieder, um Kreisverbände zu gründen. Dazu sind mindestens drei Mitglieder aus einem Kreis nötig. Bisher gibt es nur einen Kreisverband in Baden-Württemberg in Sinsheim.
- Zur Stärkung der Finanzen.
- Zum Verteilen der Aufgaben und Aktivitäten auf viele Schultern.
- Zum Gewinnen von Kandidaten für Gemeinderat, Bürgermeisterwahlen, Kreistag, Landtag, Bundestag. Ein Kandidat für ein politisches Amt sollte Mitglied unserer Partei sein, wenn wir ihn aufstellen.
- Damit wir mit unseren Vorschlägen, Kommentaren und Einwänden ernst genommen werden. Eine Person ist beim Vortragen oder Leben seiner politi-

schen Überzeugungen glaubwürdiger, wenn sie Mitglied bei Bündnis C ist. Die Menschen begegnen mir anders, wenn ich als Mitglied mit der Autorität oder dem Ansehen von Bündnis C etwas sage.

Wie können wir unsere Mitglieder betreuen?

- Vernetzung der Mitglieder untereinander und sie miteinander bekannt machen.
- Standardprozedere zum Willkommen für neue Mitglieder z. B. mit einem Mitgliedsausweis, Versorgung mit einer Basisinformation über Bündnis C, persönliche Konsultation per Telefon oder einen Besuch machen.
- Regelmäßige Infos (z. B. Newsletter) mit Ergebnissen von Parteitag, Seminaren, Tagungen usw. an die Mitglieder verschicken.
- „Mitgliederbetreuer“ rekrutieren, die sich um eine Gruppe 5-10 Personen regelmäßig kümmern.

Wie können wir neue Mitglieder gewinnen?

- Unverkrampt in unserem Freundeskreis, am Arbeitsplatz, in unserer Nachbarschaft über Bündnis C sprechen, so wie z. B. wir über unseren Lieblingsfußballverein.
- Aktiv Mitglieder werben: „Hast Du schon mal daran gedacht, Mitglied bei Bündnis C zu werden?“
- Den Newsletter von Bündnis C weiterleiten.
- Prospekte, Flyer, Eindruck-Hefte usw. weitergeben oder in Gemeinden auslegen.
- An Politik oder sonstig Interessierte einladen, z. B. zu Zoom – Veranstaltungen, Stammtischen, Wohnzimmertreffen, Parteitagen ...

Dr. Rainer Simon, Stellvertretender Landesvorsitzender Baden-Württemberg

Guter Umgang mit Finanzen – Praktische Gedanken für den Alltag¹

Ab einem bestimmten Alter hat jeder täglich mit dem Thema Finanzen beziehungsweise Geld zu tun. Aber selten lernt man, wie man verantwortlich damit umgeht. Wenn man Glück hat, wird der Umgang mit Geld zu Hause in der Familie gelernt. Aber in der Schule ist es kein Thema, nicht einmal in der Gemeinde oder in einem Jüngerschaftskurs, nach dem Motto „Über Geld redet man nicht, das hat man“. Wir haben darüber gesprochen, dass freigiebiges Geben eine der Geistes-

¹ Auszug vom Kleingruppenkurs „Schritte in die persönliche Freiheit – Der biblische Umgang mit Geld“. Weitere Informationen unter www.compass-d.de

gaben ist. Person A. gehört zum Beispiel zu diesen Menschen. Sie erzählte, wie ein Landsmann, ein Pastor in Kamerun, sie um Geld gebeten hat, damit Stühle für eine Schule angeschafft werden können. Daraufhin gab sie eine Spende von 150 €, was für sie sehr viel Geld war. Einige Tage später erfuhr sie über Umwege, dass er kein Pastor, sondern ein Betrüger war, was sie verständlicherweise sehr verletzt hat. Wir haben der Person Mut gemacht, weiter freudig zu geben, denn Gott hat ihr Herz gesehen, und sie hat Schätze im Himmel gesammelt.

Beim guten Umgang mit Finanzen geht es im Wesentlichen um zwei Punkte:

1. Gottes Aufgabe – Alles gehört dem Herrn

Dem HERRN gehört die ganze Welt und alles, was auf ihr lebt (Ps 24,1).

- Gott als Eigentümer aller Dinge anzuerkennen, bedeutet auch, dass er Herr über unser Geld und Güter sein soll.
- Wir übertragen alle Rechte zurück an Gott. „So gilt auch: Wer von euch nicht alles aufgibt, was er hat der kann nicht mein Jünger sein“. (Lk 14,33)
- Die Frage lautet nicht mehr „Herr was soll ich mit MEINEM Geld machen?“, sondern „Herr was soll ich mit DEINEM Geld tun?“

Gott regiert: „Alles, was dem HERRN gefällt, führt er aus“. (Ps 135,6)

Gott sorgt für uns: „Strebt vor allem anderen nach seinem Reich und nach seiner Gerechtigkeit – dann wird Gott euch auch das alles schenken“. (Mt 6,33)

2. Unsere Aufgabe – Gott erwartet Zuverlässigkeit

Treuer Verwalter sein:

- In der Bibel kommt dem Verwalter eine wichtige Stellung zu. Er ist nach dem Hausherrn die oberste Instanz und verantwortlich für dessen Güter und Geschäfte.
- Unsere Aufgabe ist es treu zu sein, ob wir viel oder wenig haben.

Der zuverlässige Verwalter genießt vier Vorteile

- Persönlichkeit wird gefördert.
Geld wird von Gott gebraucht, um unseren Charakter zu läutern und reifen zu lassen. Der Mensch wird beim Einnehmen, beim Ausgeben, beim Sparen oder Spenden durch Geld geformt. Unser Umgang mit Geld verrät uns. Es zeigt uns unseren Charakter, weil wir unser Geld in der Regel für die Dinge ausgeben, die uns am wichtigsten sind.

- Er lernt Zufriedenheit.
Wenn wir uns darüber klar geworden sind, was die Aufgabe Gottes ist und wie wir unsere eigene Verantwortung wahrnehmen, dann erfahren wir Zufriedenheit.
- Er lernt seine Finanzen in Ordnung zu bringen.
- Seine Beziehung zu Jesus Christus wird gestärkt.

Drei Wichtige Punkte

Verschwendung

- Wenn wir unser Geld verschwenden, wird Gott uns irgendwann das Vertrauen entziehen.

Treue im Kleinen

- Nur wer im Kleinen ehrlich ist, wird es auch im Großen sein (Lk 16,10).

Treu im Umgang mit dem Besitz anderer

- Wieviel uns anvertraut wird, hängt auch davon ab, wie zuverlässig wie wir mit dem Besitz anderer umgehen.

Fazit

- Gottes Aufgabe ist es, alle Menschen zu versorgen, sodass die notwendigen Grundbedürfnisse gedeckt werden.
- Unsere Aufgabe ist es, uns keine Sorgen zu machen, wie in der Zukunft unsere Grundbedürfnisse gestillt werden. Vielmehr sollen wir als gute Verwalter verantwortlich mit dem uns anvertrauten Gut umgehen. D. h. zuerst uns und unsere Familie versorgen und gleichzeitig von unserem Überfluss weitergeben, damit alle Menschen versorgt sind.

Jürgen Bauer, Beisitzer

Landesvorstand Baden-Württemberg

Hessen

Landesparteitag Hessen

Der Landesverband Hessen traf sich am Samstag, 12.03.2022 bei sonnigem Wetter zum Landesparteitag in Fulda, da coronabedingt in 2021 der Landesparteitag mangels Tagungsort ausfallen musste. Umso dankbarer sind wir der Jesus-Haus-Gemeinde aus Fulda, dass Sie uns Obdach gewährt und uns auch das technische Equipment zur Verfügung gestellt hat. So konnte auch eine digitale Teilnahme angeboten werden.

Vor Ort haben sich 17 Mitglieder und zwei Gäste getroffen. Digital waren ein weiteres Mitglied und ein Gast

anwesend. Die verhältnismäßig große Teilnehmerzahl hat uns sehr gefreut und uns gezeigt, wie sehr sich alle wieder nach Gemeinschaft und Austausch sehnen.

Auf der Tagesordnung stand nach Gebet und Andacht ein Austausch über die Arbeit der letzten Jahre. Hier berichteten Andrea Rehwald für den Vorstand, Norbert Höhl über die kommunale Arbeit und Reinhard Seiler für die Direktkandidaten der Bundestagswahl.

Danach wurden die Planungen des Vorstandes für das kommende Jahr dargelegt und besprochen. Ein Ergebnis der Tagung war u. a., dass sich zukünftig ein Team von Interessierten um die Veröffentlichung von Berichten und regelmäßigen Updates auf unserer Homepage, Facebook u. ä. kümmern wird. Es ist schön zu sehen, wie der HERR das seine tut und Wege ebnet.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein Vortrag, der von Ute Lehmann vorbereitet wurde und „Der Menschen Anzahl“ zum Thema hatte. Hier wurde uns erneut klar, wie wichtig es ist, nicht nur politisch tätig zu sein, sondern auch Gottes Wort immer wieder neu nicht nur zu Grunde zu legen, sondern auch im Rahmen der politischen Arbeit kund zu tun, um dem „humanistischen Geist“ zu begegnen. Das wurde auch in dem auf den Vortrag folgenden Austausch sehr deutlich.

Nach gemeinsamem Gebet und Segen durch die Vorsitzende endete der Parteitag um 18.30 Uhr.



Andrea
Rehwald

Landesvorsitzende
Hessen

Sachsen

Landesparteitag Sachsen am 5. März in Annaberg-Buchholz

Eberhard Heiße spricht über die Herausforderung als Christ in der DDR, anschließende Wahl des neuen Landesvorstandes.



Der neu gewählte Landesvorstand (2022 – 2024) –
v.l.n.r.: Simon Haustein, Thomas Lamowski, Hartmut
Voß, Eva Vieweg, René Raunest, Martin Rübner
(nicht auf dem Foto: Andreas Türpe und Janko Vieweg)

Anfang März trafen sich die Mitglieder des Landesverbandes Sachsen zum jährlichen Landesparteitag. In Annaberg-Buchholz (Erzgebirge) war neben den Mitgliedern der ehemalige Jugendwart und Träger des Bundesverdienstkreuzes Eberhard Heiße als Redner zu Gast. In seinem Vortrag ging Heiße auf seine bewegende Lebensgeschichte ein, die er auch im Buch „Durchs rote Meer und andere Wüsten“ (Lichtzeichen Verlag) niedergeschrieben hat. Zwei von fünf seiner Kinder wurden inhaftiert, über ihn wurden über 4 000 Blätter Stasi-Akten geschrieben.

Nach einer gemeinsamen Mittagspause wählten die anwesenden Mitglieder den neuen Landesvorstand für 2022–2024. Neben der Bestätigung von Thomas Lamowski (Landesvorsitz) und Martin Rübner (Stellv. Landesvorsitz) fungiert nun auch Simon Haustein als Stellvertretender Landesvorsitzender. Eva Vieweg wurde zur Schatzmeisterin gewählt. Beisitzer sind René Raunest, Andreas Türpe, Janko Vieweg und Hartmut Voß.



Simon Haustein

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Sachsen

Bayern

Landesparteitag mit Neuwahl des Vorstandes

Am 11. Dezember 2021 hielt der Landesverband Bayern seinen Landesparteitag ab. Eins der Kernelemente dieses Parteitages war die anstehende Neuwahl des Landesvorstandes.

Aufgrund der Corona-Beschränkungen musste auch dieser Landesparteitag online stattfinden. Die Herausforderung, im Online-Format eine freie und auch geheime Wahl abzuhalten, konnte mithilfe entsprechender Lösungen der Videokonferenz-Software gemeistert werden. Von der ordnungsgemäßen Funktion konnte sich der Landesvorstand gemeinsam mit einigen freiwilligen Testpersonen im Vorfeld bei einem ausgedehnten Versuch überzeugen.

Um 11 Uhr konnte somit der Landesparteitag eröffnet werden. Online anwesend waren zunächst neun, mit etwas Verzögerung elf Parteimitglieder. Als Protokollführer wurde Alexander Berghaus gewählt, Sven Pilz fungierte als Versammlungsleiter. Nach Formalien und der Diskussion von Anträgen an den Landesparteitag - unter anderem zur aktuellen Coronapolitik – folgten die Rechenschaftsberichte und die einstimmige Entlastung des amtierenden Landesvorstandes.

Vor den anstehenden Vorstandswahlen wurde noch ein Rückblick zur vergangenen Bundestagswahl und die damit verbundenen Aktivitäten gegeben, wobei besonderes Augenmerk auch auf die erzielten Lerneffekte für die im nächsten Jahr anstehende Landtagswahl gelegt wurde.

Für die Wahl zum neuen Landesvorstand stellte sich der amtierende Landesvorsitzende Sven Pilz für die neue Periode nicht als erster Vorsitzender zur Verfügung. Doch es konnte glücklicherweise der bisherige Vorsitzende des Gebietsverbandes München, Horst Wodarz (42), für eine Kandidatur gewonnen werden. Er ist Unternehmer im Sportbereich und leitet mehrere Kampfsportschulen, verheiratet und Vater von zwei schulpflichtigen Kindern.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Sven Pilz und Verena Thümmel gewählt. Alexander Berghaus, der mitten in der vergangenen Periode zum Landesschatzmeister gewählt worden war, wurde in eine zweite Amtszeit gewählt, Johannes Gascho erneut als sein Stellvertreter bestätigt. Alle Abstimmungen endeten einstimmig mit jeweils einer Enthaltung. Gewählte Beisitzer sind Annette König, Michael Krug und Bernhard Kiczka.

Als Delegierte zum Bundesparteitag wurden Horst Wodarz, Sven Pilz, Alexander Berghaus, Johannes Gascho und Michael Krug gewählt sowie Annette König als Ersatzdelegierte.

Im Anschluss daran wurden gemeinschaftlich die Vision für das Jahr 2022 und einige frische Ideen zur Aktivierung des Landesverbandes erarbeitet. Anstehende Projekte sind insbesondere eine Verstärkung der Präsenz durch Podcasts und Videos. Die Inhalte dazu werden in neu gegründeten Arbeitsgruppen erarbeitet. Schwerpunktthemen hierbei sind momentan Gesundheit & Corona, Familie & Soziales, Innere Sicherheit und Bildung.

Zum Abschluss wurde der neue Landesvorstand gesegnet, welcher den Parteitag daraufhin beendete, wie er auch begonnen wurde: mit Gebet.

Sven Pilz

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Bayern



Wir mussten Abschied nehmen von

Gymnasiallehrer i. R.

Christoph Carius

geb. 05.02.1946 gest. 03.03.2022.

Nach kurzer schwerer Krankheit wegen einer Entzündung am Bein ist er im Krankenhaus in Siegen friedlich eingeschlafen. Wir vermissen in ihm einen treuen Freund, der langjährige Vorstandsämter sowohl im Landesvorstand als auch im Bezirksvorstand Nordost im nördlichen Rheinland-Pfalz wahrgenommen hat. Gerne war er immer bei Bundesparteitagen dabei und hat sein Auto zu Verfügung gestellt.

Wir vertrauen darauf, dass Gott, unser Vater, ihn in sein himmlisches Zuhause aufgenommen hat.

Im Gedenken

*Der Landesvorstand Rheinland-Pfalz und
der Bezirksverband Nordost von Bündnis C – Christen für Deutschland*

Am 26.12.2021 wurde nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 81 Jahren

Gerhard Heinzmann

heimgerufen.

Gerhard Heinzmann war der Gründer der Partei Bibeltreuer Christen (PBC), einer unserer Vorgängerparteien. Als ihr langjähriger Vorsitzender war er maßgeblich am Aufbau einer politischen Partei mit entschieden christlichem Profil in Deutschland beteiligt.

Wir halten sein Andenken in Ehren und sehen uns der Weiterentwicklung seines Erbes verpflichtet. Unser Mitgefühl und aufrichtige Anteilnahme gelten seiner Familie und allen Hinterbliebenen.

Der Bundesvorstand von Bündnis C – Christen für Deutschland

Die neue Bundesregierung – ohne Gottes Hilfe?

Bundeskanzler Olaf Scholz und die neue Bundesregierung sind vereidigt. Fast die Hälfte der Kabinettsmitglieder haben ihren Eid geschworen, ohne die Hilfe Gottes für ihr Amt in Anspruch zu nehmen. Bündnis C ruft zum Gebet für die Regierung auf, dass sie das Land zum Guten führt.

Bundeskanzler Olaf Scholz und Vizekanzler Robert Habeck führen die neue Bundesregierung an. Sie haben auf den Zusatz zum Amtseid „So wahr mir Gott helfe“ verzichtet. Nach Gerhard Schröder ist Scholz der zweite konfessionslose Kanzler der Bundesrepublik. Proportional entspricht die Bundesregierung mit ihrem bezeugten oder unterlassenen Gottesbezug der Bevölkerung. Nur noch 56 % der Deutschen gehören einer Kirche an. Dennoch haben die Regierungsmitglieder ihren Eid auf das Deutsche Grundgesetz abgelegt und damit im Bewusstsein ihrer „Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie es die Präambel sagt.

Glauben ist keine Privatsache und das christliche Fundament Europas kein Relikt ohne Einfluss auf die Zukunft Deutschlands. Ob sich eine Regierung in der Verantwortung vor Gott sieht oder aus eigenem Streben agiert, entscheidet über Aufstieg oder Niedergang der Nation. Die christliche Prägung unseres Landes hat Deutschland erfolgreich, human und frei gemacht. Seit der Abkehr der Politik und der gesamten Gesellschaft vom Fundament biblischer Wahrheit und Lebensordnungen befindet sich Deutschland im Krisenmodus und verliert immer mehr politische Integrität, wirtschaftliche Substanz, Freiheit und Lebensqualität.

Die neue Regierungskoalition beschwört in ihrem Koalitionsvertrag Fortschritt und Modernisierung. Dabei sind die Themen festgelegt: Klimaziele, Digitalisierung, Diversität. Fortschritt verspricht jedoch nicht per se etwas Gutes, und als modern gilt, was dem Zeitgeist folgt. Eine Regierung ohne den Kompass übergeordneter Werte, universeller Normen und einer Schau für die Menschheitsgeschichte hat als Orientierung die eigenen Ziele, die sie durchsetzen will, kann aber den Menschen keine Orientierung bieten.

Der Zug der Säkularisierung der Politik wurde bereits von den Vorgängerregierungen angeschoben. Die jetzige Koalition bricht mit bisher mühsam noch aufrecht erhaltenen Eckpfeilern für eine stabile Gesellschaft: Die natürliche Familie als Ursprung aller Beziehungen wird moderner Beliebigkeit preisgegeben, ebenso die

Definition des Geschlechts. Der Lebensschutz wird mit der Streichung von § 219a sowie der Neuregelung von § 218 StGB moderner Selbstbestimmung geopfert. Reproduktive Medizin soll dem wissenschaftlichen Fortschritt dienen und Leihmutterchaft legalisiert werden. Eine vormals soziale Marktwirtschaft, die unternehmerische Freiheit mit dem Leistungsprinzip, Eigenverantwortung und sozialem Ausgleich zusammenbrachte, soll nach ökologischen Vorgaben staatlich reguliert werden.

Die Staatsleistungen an die Kirchen sollen abgelöst und das kirchliche Arbeitsrecht – Teil des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts – dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden. Die Freiwilligkeit christlicher Nächstenliebe als grundlegendem Prinzip der christlichen Ethik und der freiheitlichen Demokratie wird zu einem – altbekannten – Kollektivismus verordneter Solidarität. Damit wird die im Grundgesetz verankerte Würde und Freiheit der Person staatlichen Vorgaben und Mehrheitsmeinungen unterstellt.

Sicherheit und Freiheit bedingen nicht einander, wie in der Präambel des Koalitionsvertrages statuiert. Freiheit ist keine Egomane, sondern die Voraussetzung einer menschenwürdigen Gesellschaft, in der die Bürger diese Freiheit in Rückbindung an die universellen Gebote Gottes verantwortlich leben. Staatliche Gewalt soll Leben und Eigentum der Bürger schützen, kann aber keine allgemeine Sicherheit herstellen.

Eine säkulare Gesellschaft ist nicht neutral, sondern verbannt christliche Orientierung aus dem öffentlichen Leben, der Gesetzgebung, aus Kultur und Politik. Deutschland hat seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges den Segen Gottes in unvergleichlicher Weise erfahren. Wir rufen die neue Bundesregierung auf, diesen Segen nicht weiter zu verspielen, sondern erneut darum zu bitten für die immensen Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft steht. Dafür gehört der Koalitionsvertrag auf den Prüfstand – in Verantwortung vor Gott und den Menschen unseres Landes.

(Pressemitteilung 10.12.2021)

Corona – Was lernen wir aus zwei Jahren Pandemie?

Eine Austauschgruppe beim Landesparteitag Baden-Württemberg hatte sich zum Ziel gesetzt, nicht ausschließlich retrospektiv die Corona-„Geschichte“ zu beleuchten, sondern vielmehr zu überlegen, welche Lehren wir im Hinblick auf neue Krisensituationen ziehen können. Dabei spielt weniger der Auslöser oder der thematische Rahmen der Krise selbst eine Rolle als vielmehr unser Umgang mit derselben.

Bei unserer Betrachtung unterschieden wir zum einen die Rolle der Politik und zum anderen die der Presse:

Politik

Auffallend und als diskussionsverzerrend nahmen wir die enge Verzahnung von Wissenschaft und Politik in dieser Krise wahr. Leopoldina, Robert-Koch-Institut, Paul-Ehrlich-Institut – alles wichtige Einrichtungen unseres Staates, sind durchweg Behörden bzw. unterstehen staatlichen Behörden. Darin sah das Team die Gefahr einer „Kartellisierung“ von Information. Zwar kamen auch einzelne Vertreter anderer wissenschaftlicher Einrichtungen zu Wort. Entscheidungsbegründend waren aber zum überwiegenden Teil die Informationen dieser Institute. Vermisst haben wir über weite Strecken einen interdisziplinären Austausch als Basis einer ausgewogenen Entscheidungsfindung. In diesen interdisziplinären Dialog hätten unserer Überzeugung nach neben Virologen und Epidemiologen auch z. B. Vertreter aus Psychologie, Biologie, Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft einbezogen werden müssen. Der Schaden durch die Pandemie wurde hauptsächlich auf infektionsbedingt Erkrankte bezogen, nicht aber inwieweit auch die ergriffenen Maßnahmen Kollateralschäden auslösen könnten.

Presse

Unser Team beobachtete den größten Teil der Pressearbeit während der Pandemie als nicht hilfreich. Statt intensiv zu recherchieren und sachlich zu informieren, schienen weite Teile der bundesdeutschen Presselandschaft auf den Faktor „Angst“ als Auflagenverstärker zu setzen. Dabei ging es um die Angst vor einer Infektion mit dem Virus, vor einer daraus möglicherweise resultierenden schweren oder womöglich tödlichen Erkrankung, aber auch um Ängste wie zum Beispiel vor Arbeitsplatzverlust. Die verschiedenen Presseformate überschlugen sich mit sogenannten Faktenchecks, die dazu dienen sollten, sogenannte Fake-News zu erkennen und zu entlarven. Die Glaub-

würdigkeit manches Faktenchecks und des dahinterstehenden Presseorgans litt allerdings, wenn sich die Faktenlage doch anders entwickelte, als es zuvor im Faktencheck angesagt war. Der Haken ist dann, dass es keinen Weg zurück mehr gibt und man in einer informationellen Sackgasse angekommen ist.

Sowohl unseren politischen Entscheidern als auch der Presse wollen wir zugutehalten, dass wir eine Situation in diesem Ausmaß zuvor noch nicht erlebt hatten. Man kann am Ende und rückblickend kluge Schlüsse ziehen. Das genau wollte unser Team nicht. Im Gegenteil: Wie können wir verhindern, dass sich solche Prozesse wiederholen? Wie kann man einer sich derart entwickelnden Krisenkultur begegnen?

Wir waren uns einig über die absolute Wichtigkeit des Evangeliums in Politik und Presse. Wir müssen zurückfinden zu Werten, die nicht der Beliebigkeit oder dem aktuellen gesellschaftlichen Konsens unterworfen sind. Achtsamkeit, echte Toleranz, respektvoller Umgang mit unterschiedlichen Meinungen sind alles Tugenden, die einem biblisch fundierten Verständnis der Menschenwürde entspringen. Diese Vielfalt im gesellschaftlichen und politischen Dialog zuzulassen und als Mehrwert zu betrachten, hätte verhindern können, dass ein derart tiefer Riss durch die Gesellschaft (zwischen Maßnahmenbefürwortern und -gegnern) entsteht.

Eine Presse, die diesen Dialog entsprechend spiegelt, hätte ebenfalls der Meinungsbildung in der Gesellschaft einen besseren Dienst erwiesen, als dies in der aktuellen Lage der Fall war. Statt dass die verschiedenen Meinungslager aufeinander losgehen, wäre es mit diesem Vorgehen vermutlich gelungen, Politik glaubwürdig zu halten, Pressearbeit wertzuschätzen und zu besseren Lösungsansätzen zu gelangen.

Mitglieder der Arbeitsgruppe waren: Bernhard Heyl, Frederik Colmorgen, Norbert Gießler, Jürgen Graalfs



Jürgen Graalfs

Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Offener Brief an Bundeskanzler Scholz und die zuständigen Minister zum Stopp der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude (BEG)

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat zusammen mit der KfW am 24.01.2022 die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) mit sofortiger Wirkung gestoppt. Unser Bundesschatzmeister und Projektentwickler Mathias Scheuschner hat dazu am 01.02.2022 diesen offenen Brief an Bundeskanzler Scholz und die zuständigen Minister gerichtet:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, sehr geehrter Herr Bundeswirtschaftsminister Dr. Habeck, sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Lindner, sehr geehrte Frau Bundesbauministerin Geywitz,

mit Entsetzen habe ich als selbständiger Projektentwickler den sofortigen Stopp der oben aufgeführten Förderprogramme vernommen. Ein vergleichbarer Schlag ins Gesicht der Bauherren und der gesamten Baubranche ist mir in meiner über 30-jährigen Tätigkeit nicht bekannt.

Wie Sie, sehr geehrte Damen und Herren, wissen, war für die Beantragung eines Darlehens oder eines Zuschusses zum Effizienzhaus/Effizienzgebäude 55 im Neubau (EH/EG55), Effizienzhaus/Effizienzgebäude 40 im Neubau (EH/EG40) oder der energetischen Sanierung die Berechnung eines Energieberaters erforderlich. Diese Berechnungen *kosten mehrere Tausend Euro*. Im Vertrauen auf die geltenden Vorschriften haben unsere Bauherren viel Geld in die erforderlichen Berechnungen investiert. Es stellt sich die Frage, wie man künftig mit Angeboten des Staates umgehen soll, wenn es keinen Vertrauensschutz mehr gibt.

In den letzten Tagen war immer wieder zu lesen, dass der Energiestandard KfW-Effizienzhaus 55 angeblich als Standard bei den Bauherren angekommen ist. Leider kann ich diese Aussage aus der Praxis nicht bestätigen. Alle unsere Bauherren haben sich erst nach einer ausführlichen Beratung und Informationen über die KfW-Effizienzhaus 55 Fördermöglichkeit für diesen Standard entschieden. Sollten die Mehrkosten für das Effizienzgebäude 55 und 55 EE von den Bauherren getragen werden müssen, wird dieser Standard nicht mehr gebaut werden.

Dass Bauherren künftig einen KfW-Effizienzhaus 40 Standard oder noch höher bauen ohne jegliche Förde-

rung, wird es in der Praxis nicht geben. Laut Koalitionsvertrag will die Ampelregierung 400 000 neuen Wohnungen pro Jahr bauen. Dieses Ziel ist mit dem Wegfall der Förderungen vollkommen unrealistisch. Leider wird so der Mangel an bezahlbarem Wohnraum immer größer.

Die Wohneigentumsquote ist in Deutschland so niedrig wie in kaum einem anderen europäischen Land. Wohneigentum trägt aber erheblich zur Sicherheit und Geborgenheit von Familien und Kindern bei. Für viele Bürger ist das eigene Haus/die eigene Wohnung zudem der wesentliche Anteil der Altersvorsorge und das mietfreie Wohnen im Alter ein guter Anreiz.

In Laufe meines Berufslebens habe ich festgestellt, dass Förderungen wie Baukindergeld, KfW-Effizienzhaus 55 und höhere Standards auch die Bereitschaft erhöhen, Wohneigentum zu erwerben. Soll mit dem Förderstopp das Eigenheim zum Auslaufmodell werden, so dass Familien noch mehr dem Druck des Mietmarktes ausgesetzt sind und dies zu prekären Lebensverhältnissen führt besonders in den Städten?

Geben Sie den Bauherren, die bereits in ihre KfW-Effizienzhaus 55 und KfW-Effizienzhaus 40-Anträge investiert haben, Planungssicherheit und stellen Sie die nötigen Haushaltsmittel bereit. Das KfW-Effizienzhaus 55 zum gesetzlichen Mindeststandard im Neubau zu erklären, wird das Eigenheim für viele Familien unerschwinglich machen, zumal bei ohnehin explodierenden Baukosten.

In der Hoffnung, dass sich die Regierung auf die bereits gemachten Zusagen und den Vertrauensschutz besinnt, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Mathias
Scheuschner

SCHEUSCHNER-
PROJEKT

Bundesschatz-
meister

Zivildienst und Wehrpflicht reformieren

Für die Modernisierung der Bundeswehr ist mehr als nur Geld nötig

Der Krieg in der Ukraine hat eine Diskussion über die Wehrfähigkeit Deutschlands angestoßen. In den letzten Jahren wurde kaum über den schlechten Zustand der Bundeswehr gesprochen. Aufgrund der aktuellen Bedrohungslage hat der Bundestag 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um die Modernisierung der Bundeswehr voranzutreiben.

Bundeskanzler Olaf Scholz versicherte, dass Deutschland sich im Falle eines russischen Angriffs verteidigen könne. Doch Stimmen aus der militärischen und politischen Führung schlagen andere Töne an. Als „blank“ bezeichnete Alfons Mais, der Chef des deutschen Heeres, die Bundeswehr in einem Kriegsfall. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) warnte, wenn es weitere Aufgaben gebe, stoße die Bundeswehr an ihre Grenzen. Die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) beklagt erschreckende Ausrüstungsmängel. Die Frage, ob Deutschland sich im Ernstfall verteidigen könne, wurde von dem früheren Nato-General Egon Ramms im ZDF klar verneint.

Eines ist nun offensichtlich: Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahren kaputtgespart, weil die Politik nie davon ausging, dass es zu einer Landesverteidigung kommen könnte. Mit den nun bereitgestellten Milliarden soll unsere Truppe auf Vordermann gebracht werden. Denn die aktuelle Lage ist besorgniserregend. Von unseren Hubschraubern sind aktuell nur 40 Pro-

zent einsatzbereit, von den schwimmenden Hauptwaffensystemen nur ein Drittel. Auch das schwere Gerät im Heer wird viel zu langsam modernisiert. Von den 350 bestellten Schützenpanzern Puma, die den vierzig Jahre alten Mader ablösen sollen, sind nur 40 für den Ernstfall gerüstet.

Wir teilen die Auffassung von Brigadegeneral a.D. Erich Vad, dass die Bundeswehr so schnell wie möglich einsatzbereit werden muss, um die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten. Zusätzlich zu der finanziellen Investition ist es unserer Ansicht nach nötig, den Blick noch einmal auf nachhaltige Änderungen in Sachen Wehrdienst zu richten. Wir müssen uns für die Zukunft anders aufstellen, wenn wir im Verteidigungsfall eine schnell einsatzbereite Bundeswehr haben möchten. Im Mai 2021 wurde durch die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer (CDU) eine Reform für die Bundeswehr vorgelegt, um die Handlungsbereitschaft der Truppe zu erhöhen. Durch den Regierungswechsel kam es allerdings zu keinerlei Veränderungen.

Bereits damals brachte Bündnis C einen Vorschlag zur Reform von Wehrpflicht und Zivildienst ein. Diesen möchten wir nun erneut zur Debatte stellen. Kramp-Karrenbauer sprach sich vor einem Jahr für einen sechsmonatigen Freiwilligendienst mit anschließendem Reservedienst aus. Durch eine allgemeine Wehr-





pflicht wird gewährleistet, dass ein großer Teil der Bevölkerung für einen Verteidigungsfall ausgebildet und schnell einsatzbereit ist. Dieser Vorteil geht mit einer reinen Berufsarmee verloren. Werden Soldaten für einen akuten Verteidigungsfall gebraucht, sind Zivilisten in keiner Weise darauf vorbereitet, und die Ausbildung ohne vorherigen Grundwehrdienst dauert unverhältnismäßig lange.

Bündnis C spricht sich dafür aus, Wehrpflicht und Zivildienst wieder einzuführen und zu modernisieren. Den verpflichtenden Dienst auf den männlichen Teil der Bevölkerung zu beschränken, wird der Verschiedenheit der beiden Dienstformen nicht gerecht. Ursprünglich waren Frauen aufgrund ihrer Erziehungszeiten davon ausgenommen, was heutzutage beiden Elternteilen gesetzlich zusteht und so auch genutzt wird. Unserer Auffassung nach sollte jeder junge Mensch – unabhängig ob Mann oder Frau – ein gemeinnütziges Jahr leisten. Ausgenommen wären Eltern, die bereits Kinder erziehen und dafür freigestellt werden.

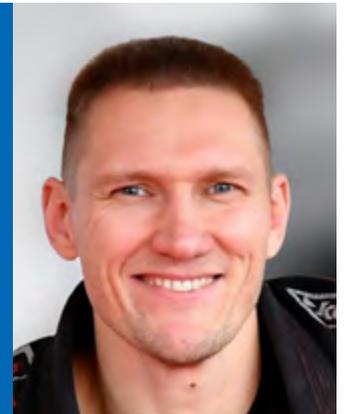
Wer an der Waffe dienen möchte, kann sich für den Wehrdienst entscheiden. Durch das umgekehrte Bewerbungsverfahren träten der Bundeswehr nur Personen bei, die sich bewusst dafür entschieden haben und somit auch über den Grundwehrdienst hinaus für eine weitere Verpflichtung bereitstehen. Wer sich nicht ausdrücklich für den Wehrdienst entscheidet, dient dem Land und der Gesellschaft im Zivildienst, was zu einer starken Entlastung im Sozialwesen führen würde, wo

wir besonders in der Pflege ebenfalls seit Jahren einen immensen Personalmangel zu beklagen haben.

Mit diesem Konzept können wir dafür sorgen, dass Deutschland verteidigungsfähig wird und auch langfristig bleibt. Zudem wird eine gesellschaftliche Nähe zu sozialen Berufen wie auch zur Bundeswehr gefördert. Junge Menschen würden durch beide Tätigkeiten einen wichtigen Dienst tun. Dieses Modell könnte zu einem besseren und bewussteren Miteinander sowie zu einer vertieften Identifikation mit unserer Gesellschaft beitragen. Rückblickend waren Wehrpflicht und Zivildienst neben den Vorteilen für unser Land auch wichtige Lebensabschnitte in der Charakterbildung von jungen Menschen. Daher ist es zu begrüßen, wenn wir wieder – wenn auch in reformierter Form – dorthin zurückkehren, solange wir noch Armeen brauchen.

Horst Wodarz

Landesvorsitzender
Bayern



Kein neues Atomabkommen mit dem Iran!

Im November letzten Jahres wurden die Verhandlungen zum Atomabkommen mit dem Iran wieder aufgenommen. Israel warnt, dass bei einer Neuauflage des Abkommens die Aufhebung der Sanktionen den Iran in die Lage versetzen werde, innerhalb von fünf Jahren eine Atombombe zu bauen und Israel damit anzugreifen.

Das Atomabkommen (JCPoA) wurde 2015 von den USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland mit dem Iran geschlossen. Es sollte mit der Festlegung von Obergrenzen der Urananreicherung und -produktion verhindern, dass der Iran eine Atomstreitmacht wird. Im Gegenzug wurden Sanktionen gegenüber dem Iran aufgehoben. Aufgrund mehrfacher Verletzung der Vereinbarungen durch das Regime in Teheran stiegen die USA unter Präsident Trump 2018 aus dem Abkommen aus und setzten Sanktionen wieder ein. Seitdem verweigerte der Iran der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) den Zugang zu den iranischen Atomanlagen und hat nicht nur sein Atomprogramm stetig ausgebaut, sondern auch die Produktion und Stationierung neuer Raketen, die Israel bedrohen.

Israels Premierminister Naftali Bennett warnte die verbündeten Staaten Israels vor einem neuen Atomdeal mit dem Iran und sich weiter von Teheran täuschen zu lassen. Der Iran werde im Falle eines neuen Atomabkommens innerhalb von fünf Jahren eine Atomwaffe haben. Er kündigte an, dass bei Versagen diplomatischer Mittel Israel dies mit Militärschlägen gegen den Iran verhindern werde, mit oder ohne seine Verbündeten. Israel ist nicht an das internationale Atomabkommen gebunden und bereits jetzt von pro-iranischen Milizen und Raketen im gesamten Nahen Osten umzingelt.

Auch die USA erklärten, eine iranische Atombombe mit militärischen Mitteln zu verhindern, sollte der diplomatische Weg keinen Erfolg erzielen. General Kenneth McKenzie, Kommandeur des Regionalkommandos der US-Streitkräfte im Nahen Osten, warnte, dass der Iran daran arbeitet, innerhalb kurzer Zeit einen Nuklearsprengkopf zu bauen, um damit eine seiner rund 3 000 ballistischen Raketen zu bestücken. Deshalb würden die USA nicht tatenlos zusehen, wenn der Iran die Verhandlungen zum Atomabkommen hinauszögert und gleichzeitig sein Atomprogramm beschleunigt.

Seitdem bestimmt der Iran mit seinen Forderungen die Verhandlungen. Und Mitte März verhinderte Russland den Abschluss einer neuen Vereinbarung mit der Forderung, seine ganze wirtschaftliche und militärische Kooperation mit dem Iran solle von Sanktionen ausgenommen werden.

Die neue Bundesregierung sieht laut Koalitionsvertrag die Bedrohung Israels, das Raketenprogramm des Iran, seine aggressive Regionalpolitik und Aufrüstung wie auch terroristische Aktivitäten. Sie setzt sich dennoch für einen zügigen Abschluss der Nuklearverhandlungen ein und für die Umsetzung durch alle Beteiligten. Dabei sollte spätestens mit dem Angriff Putins auf die Ukraine klar sein, was Verträge und Abkommen mit autokratischen Regimen im Ernstfall wert sind.

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner des Iran in der EU. Wirtschaftlichen Interessen, die an die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran gebunden sind, darf aber nicht die Sicherheit Israels geopfert werden. Die Bundesregierung ist gefordert, die Interessen Israels zu vertreten und sich nicht weiter vom Iran binden zu lassen. Die iranische Bevölkerung leidet unter den internationalen Sanktionen, aber noch mehr unter den massiven Menschenrechtsverletzungen ihrer Machthaber. Viele befürchten zurecht, dass eine neue Übereinkunft zum Atomabkommen das Regime wirtschaftlich und damit auch militärisch stärkt und ihm zudem internationale Anerkennung verschafft. Die deutsche Regierung darf sich an der weiteren Destabilisierung des Nahen Ostens und der Gefährdung Israels durch den Iran nicht mitschuldig machen.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Keren Hayesod – Der Gründungsfond des Staates Israel

Keren Hayesod ist als Gründungsfond des jüdischen Staates die weltweit führende Fundraising-Institution für das Volk Israel. Wir durften Frau Heidi Roth und Herrn Udi Lehavi als Ansprechpartner beim Bundesparteitag am 13.11.2021 in Karlsruhe willkommen heißen. Mit ihrem Stand informierten sie die Mitglieder und Gäste über die Arbeit der Organisation.

Seit dem Anbruch des Krieges in der Ukraine ist Keren Hayesod mit Hochdruck an der Evakuierung der Juden beteiligt, die das Land verlassen möchten, wie auch an Schutzmaßnahmen für jüdische Gemeinden, die im Land bleiben wollen. In der Ukraine leben etwa 200 000 Juden, darunter 17 000 Überlebende der Holocaust. Keren Hayesod stellt Mittel bereit, um sie zu versorgen und sicherzustellen, dass Israel ihnen als sicherer Hafen offensteht. **Wir bitten unsere Leser, sich nach Kräften mit einer Spende an der Bewältigung dieser historischen Aufgabe zu beteiligen.** Weitere Informationen finden Sie unter www.keren-hayesod.de

Hier stellt sich Keren Hayesod vor:

Gemeinsam für die Menschen Israels: Der Gründungsfonds des jüdischen Staates

Der Keren Hayesod ist die weltweit führende Fundraising-Institution für das Volk Israel und alle Menschen im jüdischen Staat.

Jeder, der Israel als jüdisches Heimatland unterstützen, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verbessern und ihre Verbindung mit der ganzen Welt stärken möchte, kann sein Engagement zum Ausdruck bringen, indem er durch Keren Hayesod Projekte und Initiativen unterstützt, die die israelische Gesellschaft als wichtig für ihre Entwicklung betrachtet.

Der Keren Hayesod ist und bleibt die Brücke, die die unzerstörbare Verbindung zwischen den Gemeinden der Diaspora sowie Freunden Israels weltweit und dem jüdischen Heimatland verkörpert. Er ermöglicht es, kollektiv zu handeln für ein starkes Israel im Zentrum der jüdischen Welt; ein Israel, das ein sicherer Hafen und ein Zuhause für alle Juden ist; ein erfolgreiches Israel, auf das wir alle stolz sein können.

Was wir tun

Mit Hilfe zahlreicher freiwilliger sowie professioneller Fachkräfte arbeitet der Keren Hayesod mit seinen Spendern zusammen, um Mittel für Projekte von strategischer Bedeutung bereitzustellen. Im Fokus stehen dabei:

- Aliyah: Förderung von Einwanderung und Integration in Israel
- Stärkung der israelischen Gesellschaft durch die Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner in der geografischen und sozialen Peripherie des Landes
- Stärkung der jüdischen Identität und Verbindung von jungen Juden auf der ganzen Welt mit Israel.
- Solidarität in Notfallsituationen und Krisenzeiten

Seit der Gründung des Staates haben der Keren Hayesod und die Jewish Agency über 3 Millionen Menschen betreut. Allein im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 half der Keren Hayesod dabei, eine Million Olim Chardashim (Neu-Einwohner) nach Hause nach Israel zu holen.

Die Arbeit des Keren Hayesod basiert auf den Lehren der Geschichte des jüdischen Volkes: im Kern steht das Prinzip der gegenseitigen Verantwortung – **עֲרֵבִים זֶה לָזֶה**, Arevim zeh lazeh.

Unsere Geschichte

Der Keren Hayesod wurde 1920 in London gegründet, um den operativen Fundraising-Arm des jüdischen Volkes und der zionistischen Bewegung zu bilden.

1956 würdigte das israelische Parlament mit dem „Keren Hayesod-Gesetz“ den besonderen Status und die beispiellose Rolle des „Gründungsfonds“ (so die Übersetzung des hebräischen Namens „Keren Hayesod“). Das Gesetz hat bis heute Bestand und bestätigt die einzigartige Position bei der Verbindung Israels mit der jüdischen Welt und seinen Freunden.

Seit seiner Gründung steht der Keren Hayesod an der Spitze von Israels Entwicklung und Fortschritt. Seine Geschichte ist untrennbar mit der des Staates, des Volkes Israel und den jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt verwoben.



caust in Israel zu beteiligen. Mithilfe eines besonderen Online-Tools kann jeder „seinen“ Buchstaben oder Vers auswählen und mit einer kleinen Spende (5€/Letter) dauerhaft widmen. Eine Tora-Rolle zu schreiben oder zu stiften, gehört zu den bedeutendsten Geboten des Judentums und geht zurück auf die Bibel (Deut. 31,19) – Jetzt besteht die Chance für alle, an seiner Erfüllung mitzuwirken.

In den ersten Jahrzehnten seiner Tätigkeit konzentrierte sich der Keren Hayesod auf die jüdische Einwanderung, die Aliyah, beteiligte sich an der Entstehung von über 900 Gemeinden und entwickelte die wirtschaftlichen, industriellen, pädagogischen sowie kulturellen Zentren des zukünftigen Staates. Später unterstützte er die Gründung von öffentlichen und nationalen Institutionen, darunter die Fluggesellschaft El Al, die Israeli Electric Company, das Israelische Philharmonische Orchester und die Hebräische Universität in Jerusalem.

Heute möchte Keren Hayesod helfen, die Kluft zwischen den pulsierenden Zentren und der schwach entwickelten Peripherie Israels zu schließen. Leider leben die verschiedenen Communities innerhalb der israelischen Gesellschaft – religiöse und säkulare Juden, Araber, Einwanderer aus diversen Ländern – immer noch häufig mehr neben- als miteinander. Als politisch neutrale, allein dem Wohlergehen der Menschen verpflichtete Institution arbeitet Keren Hayesod kontinuierlich dafür, das Miteinander aller Bürger Israels zu stärken. Verbesserte Lebensbedingungen in allen Regionen des Landes fördern das Zusammenleben und die Einheit der diversen israelischen Gesellschaft.

Eine Tora-Rolle für Überlebende des Holocaust

2022 möchte Keren Hayesod erstmals allen Menschen in Deutschland die Möglichkeit eröffnen, sich an der Stiftung einer Tora-Rolle für Überlebende des Holo-

Heidi Roth

Assistentin des Keren-Hayesod –
Vereinigte Israel Aktion e. V. für Baden-Württemberg
0157 / 364 872 49

Udi Lehavi

Delegierter des Keren Hayesod –
Vereinigte Israel Aktion e. V.
kh.muc@keren-hayesod.de
089 / 910 497 57



Heidi Roth

Als regionales Familienunternehmen bauen wir zwischen Nürnberg und Regensburg.

- schlüsselfertig
- voll unterkellert
- Betontreppe, Belag nach Mustervorlage
- extrahohe Türen 212 cm
- Fußbodenheizung
- Ziegel 42,5 cm
- inkl. Maler u. Böden
- 25 Jahre Erfahrung



Mathias Scheuschner
Tel.: 09188-5045244
www.scheuschner-projekt.de

Wenn Sie in dieser Region ein Baugrundstück verkaufen möchten, sprechen Sie einfach mit uns. Wir machen Ihnen ein faires Angebot.




Lebensqualität durch konsequente Planung
SCHEUSCHNER PROJEKT.DE

Retten Sie ihr Geld, investieren Sie in Silber.



Erhalten Sie ¼ Unze
Silber für eine
Viertelstunde ihrer Zeit

Mein ist das Silber, und mein ist das Gold,
spricht der HERR der Heerscharen.

Die Bibel: Haggai 2, 8

BC Consulting

Glockengasse 1, D-53340 Meckenheim
Tel 01 71 / 6 84 53 76



Frank A. Brandenburg

frank.brandenberg@wohlstandsberatung.org
www.bb-wertmetall.de

Müller Artwork

Plakate • Flyer • Prospekte
Banner • Visitenkarten u.v.m.



☎ 0152 - 01 89 02 14
Mueller-Artwork@Arcor.de

Hier könnte Ihre Werbung stehen!

Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern

2-Raum Wohnung zu vermieten, Nähe Krakower See, voll ausgestattet mit Mikrowelle, Spülmaschine, Waschmaschine, Sitzecke im Außenbereich. Hunde sind erlaubt.

Wandern, Schwimmen, Angeln, Natur pur u. v. m.

Kontakt: Manfred Schmidt und
Ute Büschkens-Schmidt
Tel.: 038 456 - 669 404
e-mail: schmidt.serrahn@web.de



Formular zum Anfordern von Infomaterial

Schneiden Sie diese Seite aus und geben Sie sie auch an Freunde weiter!

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Faltblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK).
- Ich brauche ____ Stück von den Handzetteln.
- Ich brauche ____ Stück vom Treppenfalz-Flyer.
- Ich brauche ____ Stück von der Minibroschüre zur Israel-Politik.
- Ich brauche ____ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen und Verteilen im Bekanntenkreis.
- Ich brauche ____ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.
- Ich brauche ____ Stück vom Kurzprogramm.



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüre zu unserer Israel-Politik, kurzgefasst



Kurzprogramm



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“

Name, Vorname: _____

Straße und Hausnummer: _____

PLZ und Ort: _____

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen: _____

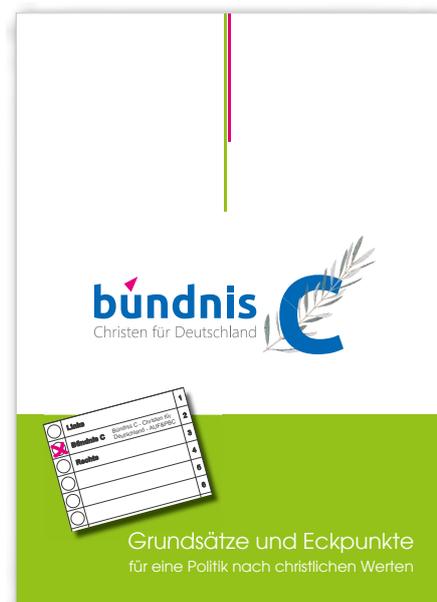
Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

E-Mail: info@buendnis-c.de



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“



Bündnis C, Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Bündnis C – Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29
76137 Karlsruhe

E-Mail: info@bueendnis-c.de
Web: www.bueendnis-c.de

An alle Mitglieder, Neumitglieder,
Interessenten und Unterstützer von
Bündnis C – Christen für Deutschland

Datenschutz-Informationen für Mitglieder, Interessenten und Unterstützer von Bündnis C – Christen für Deutschland

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten hat für uns oberste Priorität. Bündnis C – Christen für Deutschland verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten stets vertraulich und nach den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Mit nachstehenden Informationen möchten wir unsere Mitglieder, Interessenten und Unterstützer darüber informieren, wie wir mit Ihren personenbezogenen Daten im Einzelnen umgehen:

1. Verantwortliche Stelle

Für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist folgende Stelle im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) verantwortlich:

Bündnis C – Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29
76137 Karlsruhe
E-Mail: datenschutz@bueendnis-c.de
Telefon: 0721-495596

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter folgender Adresse:

DataCo GmbH
Dachauer Str. 65
80335 München
E-Mail: datenschutz@dataguard.de
Webseite: www.dataguard.de

3. Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

a. Zwecke der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten aus dem beiliegenden Mitgliedsantrag, um Ihnen die Aufnahme in unsere Partei zu ermöglichen. Darüber hinaus werden Ihre personenbezogenen Daten zu folgenden Zwecken verarbeitet:

- Um Ihren Mitgliedsantrag sowie Ihre Kontaktdaten in unserer Mitgliederdatei zu speichern. Diese Daten werden für die Dauer Ihrer Mitgliedschaft gespeichert.
- Um unsere satzungsgemäßen Aufgaben und Pflichten erfüllen zu können, auch wenn Sie ein Parteiamt bekleiden.
- Um unsere organisatorischen Maßnahmen durchführen zu können. Hierzu gehört insbesondere die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zum Zweck der Vorbereitung und Durchführung der Bundesparteiitage.
- Um die Mitgliedsbeiträge in regelmäßigen Abständen einzuziehen und entsprechende Spendenbescheinigungen ausstellen zu können
- Um Ihnen aktuelle Informationen im Rahmen von Wahlkämpfen sowie Einladungen zu Kreis-, Bezirks-, Landes- oder Bundesparteitagen zusenden zu können, sowie Einladungen und Informationen zu sonstigen Aktivitäten und Veranstaltungen von Bündnis C.
- Um Ihnen in regelmäßigen Abständen Einladungen zu Bundesparteitagen sowie weitere Informationen über Themen der Versammlungen zuzusenden.
- Um Ihnen Bögen für das Sammeln der Unterstützungsunterschriften zuzusenden.
- Um Ihnen Anfragen zusenden zu können. Dies erfolgt, um Ihr Interesse an bestimmten Informationen zur Tätigkeit unserer Partei ermitteln zu können.
- Um Ihnen per Post die jeweils aktuelle Ausgabe des Mitgliedermagazins EINDRUCK zusenden zu können. Dies erfolgt ca. 4-mal jährlich.
- Um mit Ihnen kommunizieren zu können. Hierzu gehört insbesondere die Verarbeitung Ihrer E-Mail-Adresse, Ihrer Mobilfunknummer oder Festnetznummer.
- Um Ihre Mitgliedschaft gegenüber den zuständigen Behörden und sonstigen Institutionen, welche berechtigt sind, die Herausgabe Ihrer Daten zu verlangen, nachweisen zu können.
- Zur Erfüllung unserer Pflichten nach Ihrem Austritt aus der Partei. Hierzu gehört insbesondere die Aufbewahrung Ihrer personenbezogenen Daten, um unseren Archivierungs- sowie Aufbewahrungspflichten nachzukommen. Nähere Angaben zur Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie der Ziff. 6 dieser Informationen entnehmen.
- Zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. In bestimmten Konstellationen werden Ihre personenbezogenen Daten auch in Verfahren vor dem Parteischiedsgericht verarbeitet.

b. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage der Einwilligung

Soweit wir für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Ihre Einwilligung einholen, erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DS-GVO i.V.m. Art. 7 DS-GVO.

Verarbeitung zum Zweck der Durchführung des Vertrages mit Ihnen

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zum Zweck der Vertragserfüllung verarbeiten, dient uns Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO als Rechtsgrundlage. Diese gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vor- und nachvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unsere Partei unterliegt, dient uns Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DS-GVO als Rechtsgrundlage. Unsere gesetzliche Pflicht zur Datenverarbeitung ergibt sich z.B. aus steuerrechtlichen Aufbewahrungspflichten.

Verarbeitung auf der Grundlage des berechtigten Interesses

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses von uns oder eines Dritten erforderlich und überwiegen Ihre Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten das erstgenannte Interesse nicht, so stellt Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO die einschlägige Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung dar. Unser berechtigtes Interesse ergibt sich insbesondere aus folgenden Gründen:

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf **Berichtigung** zu (Art. 16 DS-GVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die **Löschung** oder **Einschränkung** der Verarbeitung verlangen (Art. 17 und 18 DS-GVO).

Sofern Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten geltend machen, **teilen wir diese Berichtigung, Löschung oder Einschränkung allen Empfängern Ihrer Daten mit** (Art. 19 DS-GVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf **Datenübertragbarkeit** zu (Art. 20 DS-GVO).

Weiterhin besteht ein **Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde** (Art. 77 DS-GVO). Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20

70173 Stuttgart

Telefon: 0711/61 55 41 0

Telefax: 0711/61 55 41 15

E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

8. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Ihren Widerruf richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: info@bueandnis-c.de oder per Post an Bündnis C – Christen für Deutschland, Bundesgeschäftsstelle, Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe.

9. Recht zum Widerspruch gegen bestimmte Datenverarbeitungen gem. Art. 21 DS-GVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e oder f DS-GVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Ihren Widerspruch richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: info@bueandnis-c.de oder per Post an Bündnis C – Christen für Deutschland, Bundesgeschäftsstelle, Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Ihnen per Post unsere Informationen zur Parteilichkeit zuzusenden, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu diesem Zwecke einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Informationszusendung in Verbindung steht. Widersprechen Sie in diesen Fällen der Verarbeitung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Diese Datenschutzerklärung wurde zuletzt aktualisiert im März 2022.

- Um Ihnen aktuelle Informationen im Rahmen von Wahlkämpfen sowie Einladungen zu Kreis-, Bezirks-, Landes- oder Bundesparteitagen zusenden zu können, sowie Einladungen und Informationen zu sonstigen Aktivitäten und Veranstaltungen von Bündnis C.
- Um Ihnen per Post die jeweils aktuelle Ausgabe des Mitgliedermagazins EINDRUCK zusenden zu können. Dies erfolgt ca. 4-mal jährlich.
- Um mit Ihnen kommunizieren zu können. Hierzu gehört insbesondere die Verarbeitung Ihrer E-Mail-Adresse, Mobilfunknummer oder Festnetznummer.
- Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. In bestimmten Konstellationen werden Ihre personenbezogenen Daten auch in Verfahren vor dem Parteischiedsgericht verarbeitet.

4. Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nur dann an externe Empfänger, wenn Sie eingewilligt haben oder dies gesetzlich erlaubt ist. Externe Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten sind insbesondere:

- Auftragsverarbeiter
- Zuständige Behörden (z.B. die zuständigen Finanzämter, Bundeswahlleiter, Gerichte)
- Kreditinstitute
- Lettershops
- Postdienstleister
- Steuerberater
- Wirtschaftsprüfer

5. Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt und ist nicht beabsichtigt.

6. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald die unter Ziff. 3 Buchst. a) genannten Zwecke entfallen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Ihre Mitgliedschaft bei Bündnis C – Christen für Deutschland endet. Wir werden Ihre personenbezogenen Daten auch dann löschen, wenn sie der Nutzung widersprechen (s. hierzu Ziff. 9 unten) oder Sie Ihre zuvor erteilte Einwilligung widerrufen (s. hierzu Ziff. 8 unten). Ihre personenbezogenen Daten können aber auch darüber hinaus gespeichert werden, insbesondere in folgenden Fällen:

- Soweit noch offene Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis bestehen.
- Wenn einer Löschung vertragliche, gesetzliche oder satzungsgemäße Aufbewahrungsfristen entgegenstehen. So können Ihre personenbezogenen Daten gem. § 147 AO bis zu 10 Jahren gespeichert werden, wenn sie in Zusammenhang mit der Einziehung von Mitgliedsbeiträgen oder von Ihnen überwiesenen Spenden verarbeitet werden.
- Zur Geltendmachung, Ausübung oder Abwehr von Rechtsansprüchen.
- Wenn dies nach europäischen oder nationalen Gesetzen zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der wir unterliegen, erforderlich ist.

7. Ihre Rechte als betroffene Person

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu, die Sie gegenüber uns geltend machen können:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht **Auskunft** seitens des Verantwortlichen über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DS-GVO).

Zum Abschluss

Es ist interessant festzustellen, wie leicht man sich von Panikmache anstecken lässt. Kaum steht man beim Einkaufen vor einem leeren Regal mit dem Schild „Nur eine Packung pro Haushalt“, stellt man sich die Frage: „Wie komme ich an den knapp gewordenen Artikel und wie kann ich mich so schnell wie möglich damit bevorraten?“

Schnell ist man entschlossen Vorräte zu organisieren und anzulegen. Die täglichen Nachrichten vom Krieg, der auf einmal so nah ist wie seit über 75 Jahren nicht mehr, schüren diese Ängste bei uns weiter.

Ja, Krieg ist grausam und auch in aller Schärfe zurückzuweisen. Es gibt keine Rechtfertigung für einen Angriffskrieg, und die Verantwortlichen werden zur Verantwortung gezogen. Das gelingt nicht immer in dieser Welt, aber wir wissen, dass die Zeit kommt, wo alle Menschen sich vor dem Gericht Gottes verantworten müssen.

Immer wenn ich über dieses Gericht Gottes nachdenke, bin ich sehr dankbar dafür, dass es einen Karfreitag und auch einen Ostermorgen gegeben hat und auch immer wieder geben wird, bis eben genau zu diesem Tag des letzten Gerichtes.

Gott, der zugelassen hat, dass sein Sohn Jesus Christus für unser aller Schuld stirbt, ist es, der uns auch heute durch die schwierigen Zeiten bringt.



Sein Schutz und seine Versorgung sind uns sicher, unabhängig davon, ob die Regale beim Einkaufen voll sind.

Ich wünsche uns allen, dass die Auferstehungskraft von Jesus Christus, unserem Herrn, in seinen Kindern mächtig und sichtbar wird, gerade in dieser Zeit.

Gottes Segen für Sie.



Mathias
Scheuschner

Bundesschatz-
meister

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN
DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
KARSDE66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN **08**

Datum **Unterschrift(en)**

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN
und dabei Kästchen beschriften

423 457 BG VERLAG

bündnis C



buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 23 – 2022/1

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.
Abbildungen auf Seite 11: Oleg Shakurov/Pixabay; 14: www.ahelp.info; 17: Samuel Gesang; 29: PxHere; 30: artursafronovvv; 33: Eduardo Castro/Pixabay; 33: <https://www.keren-hayesod.de/>; 38: Marcus Dall Col/Unsplash

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX